

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Miffringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dänhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin S B 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckanschrift: Expedient

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 3. September 1930

Wie anno 14.

Int. Institut  
Soc. Geschichte  
Amsterdam

Wahlpropaganda der Regierung Brüning auf Umwegen.

SPD. Die Bürgerblock-Regierung benutzt die materielle und moralische Abhängigkeit, in der sich das offiziöse Wolffsche Telegraphen-Bureau von ihr befindet, um ihre Wahlpropaganda zu fördern. Jede noch so unbedeutende Rede eines Mitgliedes der Regierung wird durch diese Nachrichtenagentur verbreitet. Dagegen liesse sich nicht allzu viel einwenden, wenn das WTB, entsprechend seiner faktischen Stellung als ein offizielles Bureau firmieren würde. Aber bekanntlich wird sowohl von der Regierung wie auch vom WTB, selbst dieser amtliche Charakter entschieden bestritten, ja sogar der offiziöse Charakter wird schamhaft abgeleugnet. Freilich, ohne dass irgend jemand über die wahre Sachlage getäuscht wird.

Nun ist es gewiss nützlich, dass die Welt den Standpunkt der Minister erfährt, damit die Oppositionsparteien ihnen antworten können. Es widerspricht aber allen Regeln des politischen Fair Play, wenn der Apparat von WTB, auf den viele Blätter im ganzen Reiche abonniert sind, ausschliesslich in den Dienst der Regierung gestellt wird. Schliesslich gibt es auch noch andere Parteien in Deutschland, als jene, die die gegenwärtige Minderheitsregierung unterstützen, es gibt auch noch andere politische Führer, deren Worten mindestens die gleiche Bedeutung zukommt wie den Kabinettsmitgliedern Brüning, Treviranus und Stegerwald. In Wahlkampfzeiten werden in Frankreich durch Havas, in England durch Reuter auch die Reden der Oppositionsführer verbreitet. Eine einseitige Propaganda zugunsten der jeweiligen Regierungsmänner durch die offiziöse Nachrichtenagentur würde sich die französische oder die englische öffentliche Meinung einfach nicht gefallen lassen. In Deutschland aber lässt man von Amts wegen diese parteiliche Berichterstattung durch WTB. mit einer Selbstverständlichkeit besorgen, die an Zynismus grenzt.

Diese einseitige Förderung der Koalitionsparteien auf Kosten der Steuerzahler - denn WTB. wird in mehr als einer Hinsicht, direkt oder indirekt vom Reich laufend subventioniert - ist schon bedenklich genug. Völlig unerträglich aber ist die Art, wie das deutsche Volk systematisch über die aussenpolitischen Folgen des Bürgerblockkurses im Unklaren gelassen wird. Der für den Reichspräsidenten sehr peinliche Widerhall, den sein Vorstoss gegen Preussen zugunsten des Stahlhelm unmittelbar vor der Reichstagsauflösung erweckt hatte, wurde seinerzeit mit Hilfe von WTB. völlig unterdrückt. Seitdem wir uns im Wahlkampf befinden, hat diese Totschweigetaktik Formen angenommen, die an die offiziöse Berichterstattung in Kriegszeiten erinnern. Von dem katastrophalen Echo, das die Korridor-Reden des Ministers Treviranus im Ausland erweckt haben, hat man durch WTB. kaum etwas erfahren. Die Regierung stellt sich eben auf den Standpunkt, dass es schon genügt, wenn jener Teil der deutschen Presse, der eigene Berichterstatter im Ausland unterhält, über diese für sie unangenehmen Dinge berichtet. Dann aber, wenn infolge dieser leichtsinnigen Reden grosse deutschfeindliche Demonstrationen in Polen stattfinden, erfährt der Durchschnittsleser in der Provinz von den eingeworfenen Fensterscheiben der deutschen Kon-

sulate und ist umso mehr darüber entrüstet als er von der wochenlangen Aufregung im Auslande gar nicht oder nur wenig gehört hat.

Ein anderes typisches Beispiel war das Echo, das im Auslande, namentlich in England, die Affäre Amlinger erweckt hat. Dass fast die gesamte englische Presse in spaltenlangen Berichten und Leitartikeln zu den vermuteten Beziehungen zwischen der Roten Armee und der deutschen Reichswehr Stellung genommen hat, davon wissen die Leser jener Zeitungen, die nur mit WTB. arbeiten, gar nichts. Dabei ist es ganz ausgeschlossen, dass WTB. darüber keine Berichte aus London erhalten hat. Aber es hat sie einfach nicht verbreitet. Parole: für die deutsche Regierung peinlich - folglich kein Wort darüber! Dabei hatten sowohl der "Daily Herald" wie der "Manchester Guardian" bei aller schärfsten Kritik an der Geheimpolitik der Reichswehr ihre Ausführungen in der Schlussfolgerung ausklingen lassen, dass endlich Ernst gemacht werden müsste mit der allgemeinen Abrüstung, damit die ungleiche Behandlung Deutschlands endlich aufhöre. Ein Standpunkt, den man im Interesse des Reiches nur begrüßen kann. Aber auch das darf das deutsche Volk nicht erfahren, sonst müsste man ihm auch die sonstigen Äusserungen dieser englischen Blätter über die Affäre Amlinger vorsetzen. Und das wäre ja "untragbar".

Unterdessen benutzt die Hugenbergsche Telegraphen-Union dieses Versagen der halbamtlichen deutschen Nachrichtenagentur, um völlig tendenziöse Berichte in die Welt zu setzen, die auf die Bedürfnisse der deutschnationalen Wahlpropaganda zugeschnitten sind. Die Stellungnahme des Organs der Labour-Party wird nach einem willkürlichen Auszug als ein Versuch zur Beeinflussung der Reichstagswahlen hingestellt, die Äusserungen des "Manchester Guardian" werden verschwiegen und ein zweiter Artikel des letzten Blattes wird sogar in sein Gegenteil umgefälscht: während das liberale Blatt sein schärfstes Misstrauen gegen die Haltung des Reichswehrministeriums geäußert und erklärt hatte, der einzige Lichtblick in dieser ganzen Frage sei gerade die Wachsamkeit des deutschen Volkes gegenüber jener Generalpolitik, machte die TU. daraus eine energische Stellungnahme gegen die Treibereien gegen die deutsche Reichswehr! - So wird das deutsche Volk über die Auffassung des Auslandes "unterrichtet". Es passt ganz zu diesem Bilde, dass WTB. ausführlich einen zustimmenden Kommentar der "New York Times" zu der letzten Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning verbreitete, in der er sich gegen aussenpolitische Abenteuer erklärt hatte. Was aber die amerikanische Presse in der Zwischenzeit über die Reden von Treviranus und Schiele geschrieben hat, das ruht wohl in den Papierkörben desselben WTB.

So geht das nicht weiter! Solche Methoden haben sich im Kriege als ein Verbrechen am deutschen Volke erwiesen. Ihre Fortführung in der gegenwärtigen Zeit ist nur geeignet, neuen unermesslichen Schaden anzurichten. Das deutsche Volk hat Anspruch auf einen umfassenden, unparteiischen Nachrichtendienst, auch wenn es der jetzigen Minderheitsregierung, die auch nach der Wahl eine bleiben dürfte, unbequem ist.

SPD. Ludwigshafen, 3. September (Eig. Dr.)

Die hiesige Polizei wollte ihre Stadt vor einer schweren Gefahr retten, indem sie einen Zug sozialistischer Arbeiterjugend, der am Bahnhof Ferienkinder abholte, anhielt und verlangte, dass ihr die roten Fähnchen, die die Kinder mit sich führten, abgeliefert werden sollten. Als sich Passanten und die Jugend gegen dieses durch nichts zu rechtfertigende Eingreifen der Polizei wehrten, kam es zu einem Zusammenstoß, der leicht bedrohlichen Charakter hätte annehmen können, da einer der Beamten sein Seitengewehr zog. Erst als ein höherer Polizeibeamter erschien, konnte der friedliche Zug seinen Weg fortsetzen.

Tag für Tag hetzt die Zentrums und die Presse der Bayerischen Volkspartei der Pfalz in der wütesten Weise und unbekümmert darum, ob ihre Angaben der Wahrheit entsprechen oder nicht, gegen die Sozialdemokratie! Man braucht sich deshalb nicht zu wundern, wenn unerfahrene Polizeibeamte die Hetze der Zentrums zur Richtschnur ihrer Handlungen nehmen.

SPD. Immer wieder hört man in den Reden der Hugenberglinge die Behauptung, dass der "westdeutsche Parlamentarismus" für das deutsche Volksgemüt nicht geeignet, dass das "mechanische gleiche Wahlrecht" unser Ruin sei, dass die parlamentarische Regierungsform bankerott gemacht habe usw. Angesichts dieser Behauptungen muss daran erinnert werden, dass es die Deutschnationalen gewesen sind, die mit aller Beredsamkeit den Parlamentarismus für Deutschland gefordert haben, - solange sie sich nämlich noch vor der Diktatur von links fürchteten. Alles, was sie heute begehren, haben sie damals nicht nur für erstrebenswert, nein sogar für das "allein Mögliche" erklärt.

Vor uns liegt ein Flugblatt, überschrieben "Richtlinien für das Programm der Deutschnationalen Volkspartei", herausgegeben vor der Wahl zur Nationalversammlung von der Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei, Berlin SW 11, Bernburgerstr.24. Diese Richtlinien umfassen 16 Punkte, von denen hier der zweite und dritte interessieren. Diese lauten:

2. Wir fordern die Rückkehr von der Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsklasse zu der nach den letzten Ereignissen allein möglichen parlamentarischen Regierungsform.

3. Freiheit der Person und des Gewissens, freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift und Freiheit der Wissenschaft sind verfassungsmässig festzulegen. Dem gleichen Wahlrecht stimmen wir auf Grund der neuesten Entwicklung zu.

Ein klares Bekenntnis zur parlamentarischen Regierungsform und zum gleichen Wahlrecht! Nachdem nun die deutschnationalen Wünsche erfüllt sind, - warum jammern sie eigentlich, worüber maulen sie? Und wie vereinbart sich die von ihnen verlangte Diktatur mit der einst von ihnen erstrebten Freiheit der Person und Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift?!

SPD. An der Spitze der Reichsliste der Kommunistischen Partei stehen die Namen Thälmann, Remmele und Heinz Neumann. Thälmann und Remmele sind die proletarischen Aushängeschilder, Heinz Neumann aber, der ihnen den Kurs vorschreibt, und die Konzepte herstellt, ist heute der eigentliche Führer der Kommunistischen Partei in Deutschland.

Wer ist Heinz Neumann? Alle jene Kommunisten, die aus Verzweiflung über die völlige Entartung der Partei die KPD verlassen haben - mögen sie sich nun Links- oder Rechtskommunisten nennen, bezeichnen Heinz Neumann als eine Gestalt ohne Überzeugung und ohne Charakter. Die um Brandler und Thalheimer nennen ihn systematisch das Lämpchen Heinz Neumann, ohne dass er sich dagegen zur Wehr gesetzt hätte. Sie rechnen ihm seine blutige Rolle als Lockspitzel der Komintern in Kanton (China) vor. Der Charakter dieses Neumann wird beleuchtet durch eins seiner literarischen Fabrikate. Unter dem Datum 27. Januar 1924 - also Kaisers Geburtstag - wurde seinerzeit ein Rundschreiben einer angeblichen "Gruppe kommunistischer Offiziere" an aktive und ehemalige Offiziere verbreitet. Es trug die Anrede "Herr Kamerad" und warb für eine Einheitsfront zwischen den Kommunisten und den Aktivistischen Offizieren zur Befreiung Deutschlands vom auswärtigen Feind, also zum Krieg. In diesem Rundschreiben befanden sich die folgenden Stellen:

"Wenn man der deutschen Sozialdemokratie den nationalen Charakter abspricht und sie als antinational bezeichnet, so ist das vollkommen richtig. Die deutschen Sozialdemokraten, wie Ebert, Scheidemann, Noske, Hermann Müller usw. wollten in der Tat vor, am und nach dem 9. November die Unterwerfung unter die Entente. Sie waren die Macher der Erfüllungspolitik, sie waren die Verräter am Vaterland. Sie zerschlugen die deutsche Armee. Sie lieferten die deutsche Wirtschaft aus. Sie trieben Deutschland in den Zusammenbruch. Mit berechtigtem Hass blickt jeder ehrliche deutsche Nationalist, blicken wir alle auf diese Novemberhelden, die im Augenblick des Einzugs in die Wilhelmstrasse ihre jahrzehnte langen Versprechungen vergassen

und den blutigen Bruderkampf zwischen Deutschen und Deutschen entfesselten. In der Mitte aber sassen die Herren Fritz Ebert, Hugo Preuss, Erzberger und Rathenau, die sich ins Fäustchen lachten."

"Mit den Sozialdemokraten, den Verderbern und Verrätern Deutschlands gibt es für uns alte und junge Offiziere keine Gemeinschaft. Aber wir haben Achtung vor der roten Sturmarmee der Kommunisten, vor einem Liebknecht, der für seine Sache das Leben geopfert hat, vor den Tausenden seiner Anhänger, die täglich bereit sind, für die gleiche Sache ihr Leben einzusetzen. Und wir verraten kein Geheimnis, wenn wir aussprechen, dass die kommunistischen Stosstrupps, die in Pfalz, in der Eifel und am Düsseldorfer Totensonntag mit Revolvern und Handgranaten die Separatisten auseinandergetrieben haben, unter der Führung nationalgesinnter preussischer Offiziere standen."

"Unleugbar drängen sich auch der kommunistischen Bewegung eine Anzahl Lumpen und Verbrecher auf, aber die grosse Masse der deutschen Kommunisten bildete das prächtigste Menschenmaterial der deutschen Arbeiterklasse."

"Um die Massen und die Fahne des Befreiungskampfes zu stellen, brauchen wir die Revolution. Um der stärkeren Technik die bessere Führung entgegenzusetzen, brauchen wir die Teilnahme des deutschen Offizierkorps."

Der Verfasser dieses kriegslüsternden nationalistischen Schriftstücks, dieser Anbiederung an die gegenrevolutionären nationalistischen Offiziere, dieser Bespeieung der Massenpartei der deutschen Arbeiterschaft vor den Faschisten, dieser Verfasser war Heinz Neumann.

Die sogenannte neue Programmerkklärung der Kommunistischen Partei, deren Verfasser er ebenfalls ist, ist nichts als ein Abklatsch dieses Kaiser Geburtstagsbriefes vom Jahre 1924. Damals wie heute will dieser Heinz Neumann - selbstverständlich auf Befehl seiner Moskauer Hintermänner - das prächtigste Menschenmaterial der deutschen Arbeiterschaft kriegslüsternden nationalistischen Abenteuern als Material, als Kanonenfutter zur Verfügung stellen. Dass er dabei Karl Liebkecht mit seinen Mördern Seite an Seite stellt, dass er den schlimmsten Feinden der Arbeiterschaft versichert, ein Teil seiner eigenen Partei bestehe aus Lumpen und Verbrechern, hemmt ihn ebenso wenig, wie die historische Lüge, dass die Millionenmassen der radikalen Arbeiter und Soldaten im Jahre 1918 für die Fortsetzung des Weltkrieges gewesen seien.

Der Kaiser Geburtstagsbrief von 1924, wie die neue Programmerkklärung von 1930, sie sind beide das Werk des gleichen charakterlosen Burschen, und dieser Bursche ist heute der anerkannte Führer und geistiger Inspirator der Kommunistischen Partei. So tief ist diese Partei gesunken!

Arbeiter, wollt ihr den Komplizen dieses Mannes, wollt ihr dem bundesgenossen kriegslüsternden nationalistischen Offiziere eure Stimme geben?

SPD. Man sollte annehmen, dass eine Organisation, die den Namen Arbeiterpartei führt, in der Hauptsache Arbeiter in ihren massgebenden Stellungen sitzen hat und wo sie auch auftritt den Arbeitern den Vorrang gibt. Nicht so bei Hitler. Er nennt seine Organisation zwar "Arbeiterpartei", aber wo sind die Arbeiter, die bei Hitler etwas zu sagen haben? Man sucht und sucht und stösst in den führenden Stellungen der nationalsozialistischen Bewegung statt auf Arbeiter auf abgetakelte Generale und frühere Offiziere. Sie bestimmen allein und beziehen dafür, neben ihren Pensionen von der Republik, ganz ansehnliche Summen aus der Münchener Parteikasse.

Und die Kandidatenlisten der nationalsozialistischen Partei zum Reichstag? Sie verzeichnen ehemalige Offiziere, Akademiker, Schriftsteller und wen sonst noch - nur keine Arbeiter. Die sind dazu da, für einige Pfennige das Wahlgeschäft dieser vornehmen Gesellschaft zu besorgen.

SPD. Die Verhandlungen, die in den letzten Monaten von der Preussischen Staatsregierung mit den evangelischen Kirchenbehörden über den Abschluss eines Konkordats geführt wurden, sollen nach der Meldung einer Berliner Korrespondenz soweit gediehen sein, dass ein entsprechender Vertrag schon in der nächsten Sitzung des preussischen Kabinetts unterzeichnet werden kann. Diese Meldung eilt den Tatsachen voraus.

Die Verhandlungen zwischen dem preussischen Kultusministerium und den Vertretungen der evangelischen Kirchen sind - wie der "Soz.Pressedienst" erfährt - allerdings so weit gefördert, dass der Entwurf eines Konkordats-Vertrages dem Staatsministerium inzwischen zugeleitet werden konnte. Es ist aber selbstverständlich, dass das Staatsministerium zunächst in eingehende Beratungen dieses Entwurfes eintreten muss. Als Ergebnis dieser Kabinettsberatungen wird dann, wie es dem ordnungsgemässen Geschäftsgang entspricht, der Kultusminister beauftragt werden, sich nochmals mit den Vertrags-Kontrahenten in Verbindung zu setzen. Schon daraus geht hervor, dass die Verhandlungen nicht so dicht vor dem Abschluss stehen, wie es aus der betreffenden Meldung der Berliner Korrespondenz geschlussfolgert werden könnte. Immerhin besteht Grund zu der Annahme, dass man in absehbarer Zeit zu einem alle Teile zufriedenstellenden Ergebnis gelangen wird.

SPD. Paris, 3.September (Eig.Drahtb.)

Der französische Pilot Codos, ein Freund des Ozeanfliegers Costes, wird am Donnerstag nach Amerika reisen, um das erfolgreich nach New York gelangte "Fragezeichen" nach Paris zurückzubringen. Codos beabsichtigt einen neuen Rekord aufzustellen: er will ohne Zwischenlandung von New York nach Bagdad fliegen und damit den Weltrekord im Entfernungsflug, den bisher Costes hält, an sich bringen. Das "Fragezeichen" ist Privateigentum Costes.

Die französische Regierung hat Costes am Mittwoch zum Kommandanten und Bellonte zum Offizier der Ehrenlegion ernannt.

SPD. Ein neues Beispiel dafür, mit welch verwerflichen Mitteln die Zentrums gegen die Sozialdemokratie hetzt, liefert die "Rheinische Zeitung" in ihrer Dienstag-Ausgabe. Danach verbreitet die Zentrumspresse folgendes angebliche Zitat aus der "Rheinischen Zeitung" :

"Wir wissen ganz genau, dass, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter bessern, der revolutionäre Geist verloren geht und dieselben für ideelle Zwecke sehr schwer zu haben sind. Um diesen Kampfgeist zu erhalten, müssen wir Forderungen an die Gesellschaft stellen, von denen wir überzeugt sind, dass sie nicht zu erfüllen sind."

Das rheinische Blatt bemerkt dazu: "Jawohl: das stand in unserem Blatte. Am 25.März 1921. In ihrer unerforschlichen Auffassung von Wahrheitsliebe unterschlägt die Zentrumspresse nur die Kleinigkeit, dass es sich um eine Rede des kommunistischen Gewerkschafters Oberdörster handelt. Wir haben heftig gegen diese Auslassung polemisiert und sie ein Verbrechen genannt. Trotzdem diese Fälschung!"

SPD. Frankfurt/M., 3.September (Eig.Dr.)

Der evangelische Pfarrer der Gemeinde Heddernheim Hermann Steubing wurde am Mittwoch von dem Grossen Schöffengericht Frankfurt wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Pfarrer amtierte seit 1921 in Heddernheim und hat seine Gemeinde um rund 17 000 Mark geschädigt, die ihm für seine Gemeinde als Anteil an der Kirchensteuer durch das Städtische Rechnereiamt überwiesen worden waren. Er



hat ferner als Leiter einer von der evangelischen Gemeinde gegründeten Siedlungsgesellschaft "Taunus" rund 11 000 Mark, die der Siedlungsgesellschaft gehörten, für sich verwandt. Seine Verfehlungen hat er durch Buchfälschungen und Unterschlagungen zu verdecken versucht. Als die Sache ruckbar wurde, hatte der Geistliche nicht den Mut, sich zu seinem Verbrechen zu bekennen. Er flüchtete nach Grossensass, von wo er erst nach mehreren Monaten zurückkehrte. Das Geld hat Steubing zum grossen Teil mit Halbwelt-Damen verprasst.

Der gerichtliche Sachverständige, der Psychiater an der Frankfurter Universität Professor Dr. Kleist bezeichnete den Pfarrer, der einer bis in das Reformationszeitalter zurückzuverfolgenden Pfarrerfamilie angehört, als nicht voll zurechnungsfähig.

---

SPD. Die Thüringische Staatsregierung hat einstimmig beschlossen, die von dem Reichsminister des Innern geforderte Zurückzahlung der im vergangenen Jahr an Thüringen zu viel überwiesenen Polizeizuschüsse in Höhe von rund 640 000 Mark abzulehnen.

Von diesem Beschluss wurde der Reichsminister des Innern am Mittwoch brieflich in Kenntnis gesetzt. Wirth hat sofort geantwortet und gehandelt. Er hat - wie der "Soz.Pressedienst" erfährt - den Reichsfinanzminister gebeten, die zurückgeforderten Mk. 640 000 von den am 7. September fälligen Steuerüberweisungen an Thüringen in Abzug zu bringen. Der Reichsfinanzminister wird diesem Ersuchen entsprechen und der thüringischen Regierung von sich aus das Notwendige eröffnen.

---

SPD. Kiel, 3. September (Eig. Drahtb.)

In einer hier abgehaltenen kommunistischen Erwerbslosenversammlung erklärte der kommunistische Redner, ein gewisser Klaehn aus Berlin, dass die 3 Millionen Arbeitslose in Russland ein arbeitsscheues und faules Gesindel seien. Darauf verliessen von den 150 erwerbslosen Versammlungsbesuchern 120 unter Entrüstungsrufen das Lokal.

---

SPD. Paris, 3. September (Eig. Drahtb.)

Der englische Aussenminister Henderson ist am Mittwoch-Nachmittag auf der Durchreise nach Genf in Paris eingetroffen. Hendersons Reise geht inkognito vor sich. Man nimmt hier an, dass der englische Aussenminister die Gelegenheit benutzen wird, um sich mit Briand über die auf der Genfer Ratstagung zur Behandlung stehenden Fragen sowie über die bevorstehende Europa-Konferenz auszusprechen.

---

SPD. Wien, 3. September (Eig. Drahtb.)

Die Rivalitäten in der Bundesleitung der Heimwehr haben zum Rücktritt der bisherigen Bundesleitung geführt. An Stelle von Steidle wurde der ehemalige Fürst Starhemberg zum alleinigen Bundesführer gewählt. Starhemberg hat sich ausbedungen, dass er alle leitenden Ämter der Heimwehr nur mit Männern seines Vertrauens besetzen kann.

Die Wahl Starhembergs ist mit einer einzigsten Stimme Mehrheit erfolgt. Der Vertreter der Steiermark hatte sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Er war zwar für den Rücktritt Steidles, wollte aber den zweiten Bundesführer Pfrimer in seiner bisherigen Stellung halten.

Welche Folgen die Palastrevolution bei der Heimwehr haben wird, ist noch

nicht ganz klar. Steidle ist christlichsozialer Bundesrat und auch Pfrimer gehört zu den Christlichsozialen, während Starhemberg, obwohl seine Mutter christlichsoziale Bundesrätin ist, zu Hitler in Beziehungen steht, am Hitlerputsch in München beteiligt war und insbesondere in seinen letzten Reden ausschliesslich nationalsozialistische Töne anschlug. Auf christlichsozialer Seite befürchtet man daher, dass die Heimwehren unter Starhemberg bei den im Frühjahr zu erwartenden Wahlen als eigene Partei auftreten werden, oder von den Christlichsozialen mehrere Mandate für Heimwehrkandidaten erpressen. Andererseits standen Steidle und Pfrimer stark unter dem Einfluss des Majors Pabst, der auch von Venedig aus bestimmenden Einfluss auf die Heimwehrführung nahm. Im Gegensatz hierzu ist Starhemberg ein Feind des Majors Pabst, sodass die Affäre Pabst für die Heimwehr jetzt als endgültig erledigt zu betrachten sein dürfte.

---

SPD. Paris, 3. September (Eig. Drahtb.)

Einen grausigen Fund machte am Mittwoch ein Arbeiter in einer Pariser Fabrikvorstadt. Er sah auf der Seine ein verschnürtes Paket schwimmen, aus dem eine gestreifte Hand gespenstisch heraussah. Mit einem Rettungsboot gelang es, das Paket zu borgen. Als der Arbeiter es öffnete, sah er zu seinem Entsetzen, dass der Fund, in grobes Sackleinwand gehüllt und mit Schnüren mehrfach umwickelt, eine Anzahl verwester Leichenteile und den Kopf einer jungen Frau mit kurzgeschnittenen braunen Haaren, zwei Arme, die an den Schultern abgeschnitten waren und zwei Beine, an denen sich noch Reste von Seidenstrümpfen befanden, enthielt.

Die Polizei hat festgestellt, dass der Mörder sämtliche Körperteile mit einem Rasiermesser vom Rumpf getrennt hat. Das Paket hatte 10 bis 14 Tage im Wasser gelegen und wurde aller Wahrscheinlichkeit nach in Paris in die Seine geworfen. Die Identität des Opfers konnte bis jetzt nicht festgestellt werden.

---

SPD. London, 3. September (Eig. Drahtb.)

Eine Nachwahl im Kreise Bromley (Kent) führte mit 12 782 Stimmen zur Wahl des konservativen Kandidaten Campbell. Die Liberalen buchten 11 176 Stimmen, der Kandidat der Breverbrook'schen Zollunion erhielt 9 483 und der Kandidat der Labour Party 5 942 Stimmen.

Im Vorjahr erhielten im Kreise Bromley die Konservativen 25 449, die Liberalen 18 372, die Arbeiterpartei 10 105 Stimmen. Auffallende Merkmale für die Nachwahl sind: der allgemeine Wahlrückgang, der für die Konservativen 50 % beträgt, für die Liberalen und die Arbeiterpartei 40 %, und die Spaltung der Konservativen in 2 Parteien, wobei die Idee der Zollunion unterlegen ist.

---

SPD. Unsere Feststellung, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund es nicht für notwendig erachtet hat, einen scharfen Trennungsstrich gegenüber den Nationalsozialisten zu ziehen, hat dem "Deutschen", der Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, für den ersten Augenblick fast die Sprache verschlagen. Er stammelt, er komme wegen der grundsätzlichen Bedeutung der von uns angeschnittenen Frage noch näher auf unsere Feststellung zurück, und weiss sich im übrigen nicht anders zu helfen, als hoch und heilig zu versichern, "dass die Nationalsozialisten in den christlichen Arbeitergewerkschaften auch nicht entfernt so stark vertreten sind, dass sie die Gewerkschaftsführung unter Druck setzen könnten."

Das führende Organ der christlichen Gewerkschaften muss also offen zugeben, dass der Nationalsozialismus nicht nur in den Angestelltenorganisationen

des Deutschen Gewerkschaftsbundes, sondern auch in dessen Arbeitergewerkschaften glimmt und schwelt. "Der Deutsche" glaubt, diese bedeutsame Tatsache mit dem Hinweis abschwächen zu können, dass die christliche Gewerkschaftsführung von den Nazis noch nicht habe unter Druck gesetzt werden können. Er erkennt nicht, dass damit die christliche Gewerkschaftsführung in einem noch viel schlimmeren Lichte erscheint. Obwohl die christlichen Gewerkschaftsführer noch nicht unter einem direkten organisatorischen Druck stehen, haben sie, nur weil sie der Nazipsychose erlegen sind, d.h. aus Furcht vor Tagesgötzen und unter Ver- rat ihrer christlichen Grundsätze die Reihen der christlichen Gewerkschafts- bewegung dem Nationalsozialismus geöffnet.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat den Naziteufel im Leib. Die Presse der christlichen Gewerkschaftsführer gibt das offen zu. Die christli- chen Gewerkschaftsführer haben sich gegenüber den Nationalsozialisten als par- teipolitisch neutral erklärt. Sie haben nichts dagegen, wenn die christlichen Arbeiter nationalsozialistisch wählen, obwohl christliche Organe sehr scharf die Frage, ob ein Katholik Nationalsozialist sein darf, verneinen. So schreibt die in Dortmund erscheinende "Tremonia" in ihrer am Mittwoch, den 3. September, erschienenen Nummer in Abwehr gegen Stimmenfangversuche der Nationalsozialisten in katholischen Gegenden wörtlich :

"Der überspannte Nationalismus der Hitlerleute ist Götzendienst am falsch- verstandenen Deutschtum, er widerstrebt den Grundsätzen des Christentums, und Papst Pius XI. hat ihn vor aller Welt verurteilt, als er dem gleichge- werteten Nationalismus der Aktion française Kampf ansagte und den französi- schen Katholiken die Mitgliedschaft verbot."

Auf die Behauptungen der Naziflugblätter, dass Hitler, Gregor Strasser, Goebbels usw. Katholiken seien, dass der Nationalsozialismus "der gehassteste Gegner der gottesleugnerischen Sozialdemokratie und des Erzfeindes des Chri- stentums, des Judentums" sei, dass ungezählte katholische Priester, ja sogar Ordensleute zum Hakenkreuz schwören und katholische Kirchen und Dome den Hit- lerscharen sich öffnen, antwortet das Dortmunder Zentrumsorgan:

"Für uns deutsche Katholiken gilt, was unsere deutschen Bischöfe und unse- re Geistlichen sagen. Sie haben nie einen Zweifel daran gelassen, dass sie hin- ter dem Zentrum stehen und keine autoritative Erklärung kann beigebracht werden, nach der die katholische Kirche den Nationalsozialismus nur gebilligt hätte. Haben sich den Hitlerscharen katholische Kirchen und Dome geöffnet? Der Ein- tritt in die katholischen Kirchen und Dome wird niemandem verwehrt, der sich darin der Heiligkeit des Ortes entsprechend benimmt. Der Bischof von Passau aber hat in einer besonderen Kundgebung seiner Entrüstung darüber Ausdruck ge- geben, dass Nationalsozialisten mit einer Hakenkreuzfahne im Dome aufmarschier- ten. Wo und wann sind Hakenkreuzbanner kirchlich eingeweiht und gesegnet wor- den? Wir haben noch nie darüber etwas gelesen."

Wir stellen also nochmals folgenden Tatbestand fest: Die katholische Kirche lehnt nach der Presse des Zentrums den Nationalsozialismus ab. Die Na- tionalsozialisten verkünden bombastisch in ihrer Agitation: "Der Katholik Adolf Hitler wird das volks- und religionsverräterische Zentrum zu Paaren treiben". Die Nationalsozialisten haben im preussischen Landtag im Einver- ständnis mit Hitler das preussische Konkordat abgelehnt. Die Führer der christlichen Gewerkschaften aber öffnen ihre Reihen dem Nationalsozialismus im gleichen Augenblick, in dem sie der Sozialdemokratie bittersten Kampf an- sagen.

SPD. Aachen, 3. September (Eig. Drahtb.)

Der Amerikaner Diamond, der zur Zeit hier im Gefängnis sitzt, soll am Don- nerstag aus der Haft entlassen werden. Eine Rücksprache der preussischen Polize- behörde mit Vertretern der amerikanischen Botschaft in Berlin ergab, dass Ameri- ka kein Interesse an einer weiteren Inhaftierung Diamonds hat.



SPD. Genf, 3. September (Eig. Drahtb.)

Der 6. Europäische Nationalitäten-Kongress, der unter Teilnahme von Delegierten aus über 30 Minderheitengruppen vom 3. bis 5. September in Genf tagt, wurde am Mittwoch von Wilfan (Slowakisch-Kroatische Gruppe Italiens) eröffnet und mit Begrüßungsansprachen der neu aufgenommenen Gruppen (Basken, Spanien, Rumänen- Jugoslawien, Litauer-Deutschland) eingeleitet.

In dem ersten grossen Referat gab der Generalsekretär der Minderheiten-Organisationen Dr. Ammende-Wien grundsätzliche Schlussfolgerungen aus dem Lagebericht der Nationalitäten. Danach umfassen die Minderheiten in Europa die beachtliche Zahl von 40 Millionen Menschen. "Diese grosse Zahl allein - so folgert Ammende - beweist, dass die Minderheitenfrage ein gesamteuropäisches Problem darstellt, das nicht Sache des einen oder anderen Staates sein darf, weil es das Zusammenleben der Völker stark beeinflusst. Die doppelte Lage jedes Volkes, einmal als Mehrheit gegenüber der fremden Gruppe, dann als Muttervolk für auswärtige Minderheiten zeitigt für jedes Volk die gleichen doppelten Beziehungen. Dabei tritt die Zwiespältigkeit in der Minderheitenfrage offen hervor. Auf der einen Seite werden für die eigene Minderheit im Auslande Rechte verlangt, die aber auf der anderen den fremden Minderheiten im eigenen Lande nicht gegeben werden. Das Minderheitenproblem ist im Zeichen des internationalen Ausgleichs noch nicht gelöst."

Ammende entwickelte dann noch die drei Arten der Beeinträchtigung der Minderheiten: offene Entnationalisierung, theoretische Anerkennung von Grundsätzen, die in der Praxis verleugnet werden und völlige Negierung der Existenz von Minderheiten überhaupt. Nicht durch Assimilation lasse sich das Problem der Minderheiten lösen, sondern nur durch Anerkennung ihrer kulturellen Lebensrechte.

Der Kongress unterstrich durch besonders starken Beifall die Schlussworte in denen Ammende die Hoffnung der Minderheiten aussprach, dass bei der bevorstehenden neuen Gestaltungsfrage für Europa anlässlich der Völkerbundsdebatte über Briands Europapläne auch eine Lösung für das Minderheitenproblem gefunden werden möchte, die diese ständige Bedrohung des europäischen Friedens endlich beseitigen könnte. Die Gefahr einer Loslösung der Minderheitenfrage von der neuen Organisation Europa sei sehr gross. - Eine den Ausführungen des Redners entsprechende Entschliessung wurde einstimmig angenommen.

SPD. Tromsø, 3. September (Eig. Drahtb.)

Der schwedische Regierungskommissar Professor Lithberg erklärte Pressevertretern, dass die bisherige Untersuchung der Skelettreste der Andree-Expedition die Identifizierung der Leichen von Andree und Strindberg ergeben habe. Die in dem Boot gefundenen Knochen-Reste stammten jedoch von einem Eisbären. Die Annahme Dr. Horns, dass Andree Strindberg überlebt habe, wird ebenfalls bestätigt.

In einem am Mittwoch Nachmittag veröffentlichten Kommuniqué der schwedischen Ärztekommision heisst es, dass die organischen Überreste der Leichen von Andree und Strindberg stark verwest sind. Die Kleidungsstücke, wie Jacke, Mütze, Stiefel usw. werden dagegen als gut erhalten bezeichnet. In den Stiefeln wurden nach dem Kommuniqué zwei Notizbücher gefunden, von denen eines nur wenig beschrieben ist, während das zweite ausführliche Notizen über die Eiswanderung enthält und als das Hauptdokument der Andree-Expedition zu betrachten sei.

SPD. Atlich wird mitgeteilt: "Anlässlich der bevorstehenden Abreise der deutschen Delegation zur Genfer Völkerbundstagung fand am Mittwoch unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning eine Aussprache über die auf der Genfer

Tagung zur Erörterung kommenden Fragen sowie die damit zusammenhängenden aus-  
senpolitischen Probleme statt. Die eingehende Aussprache im Ministerkreise  
führte zu einer völligen Übereinstimmung mit dem Vortrage des Reichsministers  
des Auswärtigen Dr. Curtius. Der Reichskanzler stellte abschliessend die ein-  
mütige Zustimmung des Reichskabinetts zu den Ausführungen seiner Trierer Rede  
fest, wonach Kanzler und Aussenminister verfassungsmässig für die Führung der  
Aussenpolitik allein verantwortlich sind und Voraussetzung für Stabilität  
und Konsequenz einer erfolgreichen Aussenpolitik das Weiterschreiten auf der  
bisherigen grundsätzlichen Linie bildet."

---

SPD. Eine Jugendabteilung des Spandauer Reichsbanners wurde, als sie  
nachts von einer sozialdemokratischen Veranstaltung in Seeburg (Osthavelland)  
nach Hause marschierte, hinterrücks überfallen. Eine Rotte nationalsozialisti-  
scher Seeburger Bauernknechte hatte sich 500 Meter vor dem Dorf neben einem  
Feldweg auf die Lauer gelegt, liess heimtückisch den ersten Teil der Reichs-  
bannerleute vorbei und schlug dann einen Nachtrupp mit Hammerschlägen nieder.  
Als die weiter vorn marschierenden Reichsbannerleute auf die Hilferufe ihrer  
Kameraden hin zur Überfallstelle zurückliefen, wurden auch sie mit Ham-  
merschlägen in Empfang genommen. Die nationalsozialistischen Wegelagerer sind  
schliesslich unerkant im Dunkel der Nacht entkommen. Die schwerverletzten  
Reichsbannerleute blieben bewusstlos am Wege liegen. Erst eine Stunde später  
konnte ein städtischer Krankenwagen herangebracht werden, in den die am schwer-  
sten Verletzten nach Spandau ins Krankenhaus transportiert wurden. Einige von  
ihnen konnten nach Anlegung von Notverbänden nach Hause entlassen werden.  
Drei Reichsbannerkameraden liegen noch in bedenklichem Zustande im Kranken-  
haus; sie haben sämtlich durch Hammerschläge auf den Kopf schwere Schädelver-  
letzungen und Gehirnerschütterungen erlitten. Ein Reichsbannermann hat ausser-  
dem schwere innere Verletzungen aufzuweisen; die Rowdys haben ihn mit Fuss-  
tritten bearbeitet, als er schon besinnungslos am Boden lag.

---

SPD. Nottingham, 3. Sept, (Eig. Drahtb.)

Die Mittwochsitzung des britischen Gewerkschaftskongresses empfahl dem Ge-  
neralrat der Gewerkschaften die Frage zu prüfen, ob nicht entsprechend der  
Vertrusting des Kapitals und der wachsenden Konzentrierung der Industrie die  
gewerkschaftlichen Organisationen entsprechend umgestaltet und zusammenge-  
schweisst werden können, damit die Arbeiter-Organisationen mit der ökono-  
mischen Entwicklung Schritt halten.

Stürmische Szenen gab es dann, als Innenminister Clynes den Kongress be-  
grüssen wollte. Eine gut organisierte kommunistische Opposition, die von aus-  
wärts herangezogen und auf der Galerie verteilt war, hinderte den Minister am  
Sprechen. "Nieder mit dem Arbeiterverräter, nieder mit dem Bonzen, es lebe  
Moskau!" tönte es immer wieder in den Saal. Es blieb nichts anderes übrig, als  
die Galerie räumen zu lassen. Die Kundgebung war von einem der kommunistischen  
Partei angehörigen Delegierten vom Saal aus geleitet worden. Als die Galerie  
geräumt war, verliess auch er unter Protest die Sitzung. Darauf erklärte der  
Kongress diesen Delegierten als unwürdig, weiterhin an den Sitzungen teilzu-  
nehmen. Das Betreten des Saales ist ihm für die gesamte Kongressdauer auf Be-  
schluss der Delegierten untersagt worden. Clynes sprach dann unter stürmischem  
Beifall. Was er von der Gewerkschaftsbewegung forderte, war, dass die Arbeiter-  
regierung, während sie die Hände am Flug habe, nicht von hinten überfallen  
werde. - Weiterberatung Donnerstag.

---

SPD. Nottingham, 3. Sept. (Eig. Drahtber.)

Wer eine klare Antwort des Gewerkschaftskongresses auf die Frage "Frei-Handel oder britische Zollunion" erwartete, wird von der grossen Debatte über diese Frage enttäuscht sein. Nicht so jene, die die englische Geschichte kennen und wissen, dass der Streit um Freihandel oder Schutzzölle wiederum seit Monaten im Mittelpunkt aller politischen und wirtschaftlichen Diskussionen steht. Während aber ehemals diese Frage allein zwischen den Konservativen und den Liberalen ausgefochten wurde, sind es jetzt die englischen Gewerkschaften und die Labour-Party, die ein wichtiges und wahrscheinlich nicht das letzte Wort mitzusprechen haben gemäss der Schlüsselstellung, die die englische Arbeiterbewegung seit Kriegsende in der englischen Politik und Wirtschaft errungen hat.

"Können sich zu einer solchen Lebensfrage und inmitten einer solchen Krise die englischen Gewerkschaften der Stimme enthalten? Und würden wir uns nicht lächerlich machen, wollten wir der Arbeiterregierung unsere Ansicht vor-enthalten?" rief der Referent Bevin in seinem hinreissenden Schlusswort dem Kongress zu. Das brachte die Entscheidung und mit 1 878 000 gegen 1 401 000 Stimmen trat die Mehrheit des Kongresses der Ansicht Bevins bei und der Bericht des wirtschaftlichen Beirates wurde angenommen.

Dieser Bericht war es, der die Ansichten der Gewerkschaften zur Zollfrage verkörpern soll, den sein geistiger Urheber, der Referent Bevin, noch einmal in einer ausgezeichneten Rede verteidigte und um den sich die geistig kaum zu übertreffende Diskussion bewegte. Was will aber dieser Bericht und was ist jetzt auf dem Gewerkschaftskongress mit Mehrheit beschlossen worden? So eingehend man auch das viel umstrittene und von Bevin so glänzend verteidigte Dokument liest, eine positive klare Antwort gibt es nicht. "Die Gewerkschaften für die britische Zollunion" schreiben heute die konservativen Blätter, wohingegen die Liberalen die Worte und Auslegungen Bevins zitieren: "Keine verücktere Idee als die Annahme, die englische Wirtschaftskrise sei durch Zölle zu heilen und die Gewerkschaften würden der Zollunion der Konservativen zustimmen."

In der Tat, einzelne Sätze aus dem Bericht und seiner Begründung herausgerissen, können Konservative sowie Liberale für sich buchen. In Wahrheit aber sind die Gewerkschaften weit davon entfernt, sich auf die eine oder andere Seite festzulegen. Wenn die Frage auf dem Kongress erörtert wurde, so nur, weil über 2 Millionen Erwerbslose mit ihren Familien nach Arbeit und Brot schreien. Es handelt sich heute um die nackteste Gegenwartsaufgabe. Nicht mehr und nicht minder will der Bericht, als dass er einen Weg zu ihrer Lösung und einen Rat der Gewerkschaften zur kommenden britischen Reichskonferenz gibt. Zölle können uns nicht retten, aber der Freihandel ist auch keine Bibel in einer Zeit, da die Grundfesten erschüttert sind, auf denen der Kapitalismus bisher aufgerichtet war. Das sagt der Bericht und er fordert deshalb, dass die Wirtschaftsfäden zwischen den Ländern des britischen Reiches enger und fester geknüpft werden. Alle 3 oder 4 Jahre müsse eine Konferenz, in der sich die Vertreter der britischen Staaten und der Kolonien, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zusammenfinden, stattfinden, um miteinander die Wirtschaftsfragen zu beraten. Ein Wirtschaftsssekretariat sei ähnlich dem des Völkerbundes und unabhängig von allen Parteien zu gründen. In diesem Sekretariat müssten alle Fäden zusammenlaufen und danach sollten die wirtschaftlichen Fragen und der Wirtschaftsaustausch zwischen dem Mutterlande und den Ueberseeländern geprüft werden. Darüber hinaus sind sich jedoch die englischen Gewerkschaften ihrer internationalen Aufgabe bewusst. "Wir dürfen die Dinge nicht mehr laufen lassen wie bisher" erklärte Bevin. "Wir wissen, dass der letzte Krieg durch den Streit um die Kontrolle der Rohmaterialien geführt wurde. Derselbe bedroht uns mit einem neuen Krieg. Wir befürworten politisch die Weltföderation der Staaten. Sie muss ökonomisch begründet werden durch die Zusammenfassung der Rohmärkte. England besitzt einen grossen Teil dieser Märkte, mit dessen Zusammenschluss wir zunächst be-

ginnen würden. Die Welt schreit weder nach Freihandel noch nach einer durch Zölle strangulierten Wirtschaft. Was wir brauchen, ist ein planmässig geordneter und organisierter Warenaustausch zum Besten aller Völker und Grossbritannien muss mit der Ordnung und Kontrollierung des Handels und der Wirtschaft innerhalb der Grenzen seines Reiches vorangehen."

Das ist kurz herausgeschält der Kern des Berichtes und seine Empfehlung an den Kongress. International betrachtet, ein grosser weiter Ausblick, den wir befriedigend verzeichnen dürfen, innenpolitisch jedoch nicht positiv genug, als dass er eine reine Linie zeichnen und eine klare Antwort auf die Gegenwartsfrage geben könnte. Das kam auch in der Debatte zum Ausdruck. Die Bergarbeiter standen in schärfster Opposition. Zu ihnen gesellten sich viele andere Delegierte. Die Ansichten für und wieder waren so geteilt, dass der Kongress in zwei gleiche Hälften fiel. Die Debatte über den Ausweg aus der Wirtschaftskrise und um die Hilfe für zwei Millionen Arbeitslose wird auch in der Arbeiterbewegung weitergehen, denn das war die wahre Ursache, weshalb die Zollfrage auf der Tagesordnung stand. Sie besteht für ganz England. Wenn aber die Aussprache auf dem Kongress eines gekennzeichnet hat, so dies, dass die englischen Gewerkschaften und die englische Arbeiterbewegung wissen, dass es eine gemeinsame internationale Not und auch eine gemeinsame internationale Solidarität gibt, dass das kapitalistische System in allen Ländern diese Not verursacht hat und immer wieder verursachen wird und ihm die Arbeiterbewegung aller Länder nicht ungestört und nicht für alle Zeiten das böse Spiel freigegeben darf.

---

SPD. Der Reichsminister des Innern hat den Beschluss der Thüringischen Regierung, die überzahlten Polizeizuschüsse nicht zurückzuerstatten, am Mittwoch mit folgendem Brief beantwortet:

An den Herrn Vorsitzenden des Staatsministeriums des Landes Thüringen.  
"Nachdem die Thüringische Regierung, trotz mehrfachen Ersuchens, es abgelehnt hat, den vom Reich auf Polizeikostenzuschüsse überzahlten Betrag von 646 421,20 M der Reichskasse zu erstatten, habe ich den Herrn Reichsminister der Finanzen ersuchen müssen, den Betrag gegen die auf Reichssteuerverweisungen auszahlenden Summen zu verrechnen.

Bestätigung des Veranlassenden wird Ihnen von dem Herrn Reichsminister der Finanzen zugehen,

gez. Wirth."

Dem Ersuchen des Reichsinnenministers hat der Reichsminister der Finanzen mit folgendem Brief an das Thüringische Staatsministerium entsprochen:

"Auf Ersuchen des Herrn Reichsministers des Innern habe ich Anweisung gegeben, den von dem Lande Thüringen aus der Überzahlung von Polizeikostenzuschüssen dem Reich geschuldeten und durch das Schreiben vom 1. September 1930 anerkannten Betrag von 646 421,20 M auf die Ueberweisungen aus Reichssteuern zu verrechnen. Ueber die Einzelheiten der Verrechnung behalte ich mir nähere Mitteilung vor."

---

# Aus aller Welt

## Tschecha und Liebe.

Der Roman des GPU=Chefs - Auf der Jagd nach dem Ständesamt - Das Leben nimmt Rache am Todesboten Agobekow.

SPD. Die Gründe, aus denen man aus einem Land ausgewiesen werden kann, sind mannigfaltig, Und was den Franzosen mit dem amerikanischen Zeitungskönig Hearst recht erscheint, ist ihnen auch mit einem Sowjetrussen billig. Die nachfolgende, fast tragikomische Geschichte beweist es.

Herr Agobekow irrt unruhig und flüchtig durch die ganze Welt. Was hat diesen Mann, der schon die einsamen und harten Naturen doch so beglückenden Gipfel der Macht erklimmen hatte, zum Heimatlosen gemacht?

Agobekow war einer der gefürchtetsten Tschekisten von ganz Russland. Wenn er in einer Stadt eintraf, wusste man, dass der Tod in seinem Gefolge reiste. Man kennt nicht die Zahl der Opfer, die er zur Strecke brachte; fest steht jedenfalls, dass er sich durch seine Taten immer grösseres Vertrauen an höchster Stelle erwarb. Als die Tschecha in die jetzige GPU=Geheimpolizei umgewandelt wurde, leitete Agobekow eines der wichtigsten Dezernate. Vor einem Jahr schickte man ihn in den nahen Orient. Unter verschiedenen falschen Namen wohnte er in Kairo, in Palästina, in Syrien, im Irak. Zuletzt hielt er sich in Konstantinopel auf, selbstverständlich auch unter falschem Namen.

Man weiss, dass die Sowjetdiplomaten im Ausland auf grossem Fusse leben, dass sie sich jeden Luxus erlauben können, dass sie nur in den teuersten Hotels wohnen. Herr Agobekow war in den eleganten Treffpunkten der Lebewelt am Bosphorus zu Hause. Eines Tages beim Fünfuhr-Tea machte er die Bekanntschaft einer entzückenden jungen Dame; es war Miss Dorothy Hampson, eine schwerreiche Engländerin, die bei einer Reise nach den Pyramiden in Konstantinopel einen dreitägigen Aufenthalt nahm. Aus den drei Tagen wurden mehrere Wochen. Der Russe und die Engländerin verliebten und liebten sich. Sie wusste nicht, wer er war, sie kannte auch seinen wahren Namen nicht, sie hielt ihn für einen russischen Emigranten. Als er sie um ihre Hand bat, willigte sie sofort ein. Dann sagte er ihr alles...

Miss Dorothy war garnicht so erschrocken, wie er vermutet hatte. Sie stellte ihm vor ein Ultimatum: entweder GPU oder Miss Dorothy. Herr Agobekow wählte das zweite. Er schrieb einen Brief nach Moskau, in dem er von der Niederlegung seines Amtes Mitteilung machte. Dann reiste er mit der Verlobten nach Paris, denn dort ist man vor den Händen der Bolschewiki immer noch am sichersten. Herr Bessedowski, Herr Krowow, Herr Naumow, alles frühere Sowjetbeamte, die in Paris in Acht und Bann von Moskau leben, taten ihr Bestes, um dem Leidensgefährten die Wege zu ebnen. Der einstige Tschekist Agobekow sollte tatsächlich von der Pariser Polizei Papiere auf seinen Namen bekommen, als glücklich ein unvorhergesehenes Ereignis alle schönen Pläne über den Haufen warf. Die Familie der Verlobten hatte von dem Vorfall vernommen. Von London reiste ein Vertreter der Familie nach Paris, um die Heirat zu vereiteln. Da Miss Dorothy, die volljährig ist, und der Russe sich jede Einmischung verbaten, versuchte man diese auf diplomatischem Wege. Eine ungenannte hohe Persönlichkeit erreichte, dass die Pariser Polizei gegen den einstigen Tschekaführer vorging. Man warf ihm vor, mit falschem Pass nach Frankreich gekommen zu sein, man veranstaltete



Haussuchungen bei ihm, man nahm ihn schliesslich fest. Miss Dorothy, die im Hotel Ritz unter Tränen auf den Geliebten wartete, erfuhr erst einen Tag später, was mit ihm geschehen war. Agobekow telegraphierte aus Brüssel, dass man ihn als unerwünschten Ausländer aus Frankreich ausgewiesen habe...

Miss Dorothy Hampson packte ihre Koffer und reiste dem Verlobten nach. Sie kam gerade in Brüssel an, als Agobekow abermals zwischen zwei Kriminalbeamten im Labyrinth des Polizeipräsidiiums verschwand. Die Verwandten Miss Hampsons hatten auch die Ausweisung aus Belgien erreicht. Herr Agobekow nahm in Antwerpen einen Dampfer nach New York. Miss Dorothy befindet sich in seiner Begleitung. Im Land der Freiheitsstatue hoffen die Liebenden endlich in den Hafen der Ehe einzulaufen. Oder sollten sie sich auch hierin geirrt haben? Bleibt immerhin noch Mexiko, Mittelamerika und Südamerika für die unglücklichen Liebenden. Man hat seine Sorgen im Leben: dem einen fehlt das Geld, dem anderen die Braut. Herr Agobekow ist noch schlimmer dran. Er kann kein Standesamt finden....

+ + +

### Entlassung Diamonds!

Das grosse Rätselraten: Verbrecherkönig oder nicht? - Sollte die New Yorker Polizei ein schlechtes Gewissen haben?

SPD. Der angebliche amerikanische Verbrecherkönig Diamond, der aus dem Schnellzug Brüssel - Köln heraus in Aachen verhaftet worden ist, wird wieder aus der Haft entlassen. Das amerikanische Generalkonsulat hat erklärt, dass es an der Inhaftbehaltung Diamonds kein Interesse habe. Man halte den Verhafteten zwar für den von der New Yorker Polizei gesuchten Bandenchef, glaubt aber, für den Mordverdacht nicht genügend Unterlagen zu haben. Für die anderen Affären besteht angeblich auf Grund des amerikanischen Rechtes keine Auslieferungsmöglichkeit. Diamond selbst bestreitet, mit dem gleichnamigen Verbrecherkönig identisch zu sein. Er gibt nur zu, sich im Schmuggelgewerbe zu betätigen. Die deutsche Polizei weiss nicht recht, ob sie Diamond glauben soll oder nicht...

+

Die Aachener Kriminalbeamten, die sich über den ausgezeichneten Fangfreuten, sind sehr traurig darüber, dass sie den eleganten Herrn Mitte der Dreissiger, der sich auf das Liebenswerteste mit den Kriminalbeamten unterhält, wieder entlassen sollen. Man hatte ihn auf die Anzeige des Kölner amerikanischen Konsulats hin festgenommen, aber als ihn die deutsche Kriminalpolizei nach USA abzuschicken gedachte, winkten die New Yorker Hüter der öffentlichen Ordnung sehr energisch ab. Es liege, so hiess es in dem Telegramm der Amerikaner, nicht genügend Beweismaterial gegen Herrn Jack Diamond vor und obwohl er, falls er der gesuchte ist, in dem dringendsten Verdacht steht, an ca. 70 Raubüberfällen, 7 Bombenattentaten, 3 Morden und 5 Brandstiftungen führend beteiligt gewesen zu sein, reagieren die New Yorker Polizeistellen auf die Verhaftung des grossen Jack mit einem abwehrenden Achselzucken und tun so, als ob der "Verbrecherkönig" ein Gentleman vom Scheitel bis zur Sohle wäre. So wird Jack Diamond höchstwahrscheinlich bald mit einem höflichen Grinsen die Aachener Gefängniszelle verlassen und sich an der Riviera von den Strapazen dieses kleinen Gefängnisintermezzos ausruhen. Man wird den Verdacht nicht los, dass diese Komödie ihre sehr ernsthaften Hintergründe hat.

+

In New York pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass Jack Diamond, der dollarmillionenschwere Fürst der New Yorker Unterwelt, Besitzer zahlloser hocheleganter Nachtlokale und unerbittlicher Widersacher von Al Capone, der anderen Unterweltmajestät New Yorks, die New Yorker Polizei mindestens zur Hälfte in der Tasche hat. Man spricht von etwa 30 Kommissaren, die Hand in Hand mit ihm arbeiten und die für ihre stillschweigende Tolerierung der Die-

Diamond'schen Engros-Schiebungen und Bierschmuggeleien ziemliche Gelder einstecken sollen. Aber von dieser passiven Hilfe abgesehen, soll Jack Diamond, der sich diese Seite seines dunklen Geschäfts eine gute Stange Geldes kosten lässt - man spricht von etwa anderthalb Millionen Dollar Spesen, die Jack Diamond allein für die Korruption der New Yorker Polizei springen lässt - auch die aktive Unterstützung einer ganzen Anzahl von Polizeibeamten niederen und höheren Grades haben, die dafür sorgen, dass jede Anzeige und alles Belastungsmaterial gegen Jack glatt unter den Tisch fällt. Ja, es wird sogar gemunkelt, dass sich Polizeibeamte als Mitglieder seiner "Banden" betätigen. Es verlautet auch, dass Leute, die es gewagt haben, gegen Jack Diamond mit einer Anzeige vorzugehen, ein paar Tage später unter irgend einer Beschuldigung in Haft genommen und wochenlang festgehalten wurden. Wieder in die goldene Freiheit zurückgekehrt, erwartet sie angeblich oft bald die Rache der Anhänger Diamonds. Der illegale Terror und die mächtigen Hilfsquellen, die den Terroristen zur Verfügung stehen, sollen es mit sich gebracht haben, dass Jack Diamond und Al Capone für die Polizei mehr oder weniger immun sind. Zwar hat man Diamond unter dem Druck der Öffentlichkeit schon 22 Mal verhaften müssen, aber immer ist es ihm gelungen, nach spätestens 24 Stunden wieder frei zu kommen. Offensichtlich befürchten gewisse New Yorker Polizeistellen, dass Jack Diamond bei einer längeren Inhaftnahme sehr peinliche Dinge aus der Schule plaudert.

Wenn wir unterstellen wollen, dass Jack Diamond der gesuchte Diamond ist, so bleibt die Frage: was wollte Jack Diamond in Deutschland? Er hat Reportern erzählt, dass der Zweck seines Aufenthaltes sei, einen Magenspezialisten aufzusuchen und sich behandeln zu lassen. Ob es wahr ist? Im Widerspruch zu Diamonds Angaben steht die Materie, dass er für seine riesigen Schmuggelbetriebe in Europa neue Absatzgebiete sucht und daneben auch in der Alten Welt Agenten werben will.

Was beabsichtigten die Bombenverbrecher? Am Mittwoch ist im Altonaer Bombenprozess nur bis Mittag verhandelt worden, da plötzlich der Angeklagte Becker erkrankte und der Sitzung nicht mehr zu folgen vermochte. Zu Beginn der Verhandlung hatten die Nebenkläger die Ladung mehrerer Zeugen verlangt, durch die der Beweis erbracht werden sollte, dass die Bombenattentate nicht als Demonstrationen, sondern als gewaltsame Aktionen gedacht waren, durch die ein grosser politischer Umsturz vorbereitet werden sollte. Auch Landgerichtsdirektor Dr. Masur, dessen Vernehmung als Zeuge fortgesetzt wird, vermag die Attentate der Angeklagten durchaus nicht als so harmlos hinzustellen, wie die Schuldigen das jetzt zu tun versuchen. Insbesondere soll aus dem Geständnis Herbert Schmidts hervorgegangen sein, dass die Hauptangeklagten in einer im Januar 1929 stattgefundenen Zusammenkunft im Holsteinischen Hof in Altona beschlossen haben, zu noch schärferen Mitteln zu greifen. Ausserdem bekundet der Zeuge, dass er niemals etwas von Schutzvorkehrungen gehört habe, durch die Menschenleben hätten geschont werden können. Aus Fragen des Nebenklägers ergibt sich ferner die aufsehenerregende Tatsache, dass die Berliner Staatsanwaltschaft die Ermittlungen über die durch Herbert Volck eingeleitete Waffenbeschaffung für die Landvolkleute deshalb nicht zu Ende geführt habe, weil zu diesem Zweck allein in Hannover etwa 200 Personen hätten verhaftet werden müssen. Der Nebenkläger, Rechtsanwalt Brandt, stellte zu diesem Thema Beweisanträge. Es ist durchaus möglich, dass ihre Annahme durch das Gericht die Beibringung von Material ermöglicht, das noch ein Hochverratsverfahren durch das Reichsgericht zur Folge haben wird.

Verkehrsflugzeug vermisst. In Wien ist man in einiger Sorge um das Schicksal der sechssitzigen Junkermaschine "A 3" der österreichischen Luftverkehrsgesellschaft die am Dienstag den fahplanmässigen Flug Wien-Zürich absolvieren

sollte, ihr Endziel jedoch nicht erreicht hat. Man nimmt an, dass die von dem Piloten Major Stoisavljevige gesteuerte Maschine von einem Unfall betroffen worden ist. Das Flugzeug führte nur Postsachen mit sich. Es ist bei sehr ungünstigem Flugwetter gegen 2 Uhr mittags von Innsbruck gestartet. Zum letzten Mal wurde die Maschine zwischen 3 und 4 Uhr über dem Walchensee in Bayern gesichtet. Die österreichische Luftverkehrsgesellschaft hat alle zuständigen Behörden in Bayern und Tirol von dem Verschwinden der "A 3" in Kenntnis gesetzt und auch die Schutzhütten benachrichtigt.

+ + +

Familientragödie. Im Hause Berlinerstrasse 50/51 in Berlin-Wilmersdorf spielte sich am Mittwoch vormittag ein schreckliches Familiendrama ab. Unglückliche Familienverhältnisse veranlassten die im fünften Stock des Hinterhauses wohnende 51 Jahre alte Frau Auguste Topp mit ihrer Enkeltochter, einem dreijährigen Mädchen namens Trude Däne aus dem Fenster auf den Hof zu springen. Beide blieben mit zerschmetterten Gliedmassen tot liegen. Der entsetzliche Vorfall versetzte die Hausbewohner in hochgradige Erregung. Als die Feuerwehr kam, um die Leichen zu bergen und nach dem Schauhaus zu bringen, hatte sich eine hundertköpfige Menge angesammelt. Frau Topp sollte dieser Tage ihr Enkelkind, an dem sie sehr hing, in Fürsorge geben, da sie es selbst nicht mehr ernähren konnte. Dies nahm sich die alte Frau so sehr zu Herzen, dass sie zu der unseligen Tat schritt.

+ + +

Fabrikant als Versicherungsschwindler. Beamte des Berliner Polizeipräsidiums verhafteten am Mittwoch nachmittag in Bernau bei Berlin den 27 Jahre alten Fabrikanten Ludwig Rosner unter dem dringenden Verdacht der Brandstiftung. Rosner, der in Bernau als sehr wohlhabender Mann gilt, wird beschuldigt, Ende August den Versuch unternommen zu haben, seine in der Kaiserstrasse in Bernau gelegene Lederfabrik in die Luft zu sprengen, um so in den Besitz einer hohen Versicherungssumme zu kommen. Die Fabrik brannte damals fast bis auf die Grundmauern nieder und nur dem tatkräftigen Eingreifen der Feuerwehr war es zu verdanken, dass eine Explosion, der sicherlich zahlreiche Menschenleben zum Opfer gefallen wären, verhindert wurde. Mit welchem Raffinement Rosner das Attentat auf die eigene Fabrik inszeniert hat, beweist die von der Kriminalpolizei festgestellte Tatsache, dass er das Feuer zu gleicher Zeit an drei verschiedenen Stellen angelegt hatte, wobei er sämtliche Gashähne aufdrehte. Rosner hat bereits gestanden, der Urheber des Brandes zu sein; er will sich jedoch auf Fahrlässigkeit hinausreden.

+ + +

Hausse in Pleiten. Eine statistische Aufstellung der vom Beginn dieses Jahres bis Mitte August eingetretenen Zahlungseinstellungen und Konkursen spiegelt sehr deutlich die schwere Wirtschaftskrise wieder. Bis Mitte August sind insgesamt 7 641 Konkurse und 4 826 Vergleichsverfahren eröffnet worden. In der gleichen Zeit des Vorjahres betrug die Zahl der Konkurse 6 725, die der Vergleichsverfahren 3 063. Die Gläubiger haben bei den Konkursen und Vergleichsverfahren insgesamt eine halbe Milliarde Mark eingebüsst.

+ + +

Die gestohlene Holzbrücke. Die Warschauer Diebe scheinen aufs Ganze zu gehen. Als dieser Tage eine Inspektion der Warscher Brücken stattfand, stellte man zum allgemeinen Entsetzen fest, dass sich eine Holzbrücke, die über einen Flussarm führte, und die 8 Meter lang und 3 Meter 75 breit war, auf geheimnisvolle Weise verflüchtigt hatte. Die Nachforschungen ergaben, dass die Brücke über Nacht von Dieben zersägt und abgetragen worden war.

# Gewerkschaftliche Bündnis

An die Angestellten!

Ein Wahlauf Ruf des Afabundes.

SPD. Die Reichstagswahl ist über den Rahmen einer politischen Wählerabstimmung hinaus für das Schicksal aller schaffenden Volkskreise zur grossen geschichtlichen Entscheidung herangereift. Nachdem die wiederholten Vorstösse gegen die sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit im Reichstag an dem beharrlichen Widerstand der Sozialdemokratie gescheitert waren, ist die Regierung nicht davor zurückgeschreckt, unter Missbrauch des Artikels 48 der Reichsverfassung den sozialen Schutz der Angestellten und Arbeiter gewaltsam abzubauen. Der demokratische Parlamentarismus, der sich in der Nachkriegszeit als die unerlässliche Voraussetzung eines verbesserten Angestelltenrechts erwiesen hat, musste erst ausser Kraft gesetzt werden, um der Sozialreaktion freie Bahn zu geben. Die Koalition mit der grössten Arbeitnehmerpartei musste erst gesprengt werden, um dem egoistischen Verlagen der kapitalistischen Interessentenhäufen restlos dienen zu können. Die zwei breiten Fronten im Wirtschaftsleben, Kapital und Arbeit, geben in dieser historischen Entscheidungsstunde auch dem politischen Ringen das Gepräge. Dabei erweisen sich Nationalsozialisten und Kommunisten durch ihre Gewerkschaftsfeindlichkeit als Bundesgenossen des Unternehmertums.

Der

## Konflikt zwischen Kapital und Arbeit

hat sich nach der Neuregelung der Reparationen und der Rheinlandräumung an der inneren Lastenverteilung erneut entzündet. Die Angestellten und Arbeiter sollen die Kosten des verlorenen Krieges tragen: Deshalb Abbau der Sozialversicherung, Vermehrung der Massensteuer, Kürzung des Sozial Etats und Lohnabbau! Unter der Parole "Preisabbau" hat die Reichsregierung durch ihre Zustimmung zum Oeynhausener Schiedsspruch, durch ihre Billigung des Tarifbruchs in der Berliner Metallindustrie den

## Gehaltsabbau

gefördert. Dieselbe Regierung, die mit grösster Eile den Stellenlosen ihre Unterstützung genommen oder gekürzt hat, denkt nicht daran, von ihrer Kartellverordnung irgendwelchen Gebrauch zu machen, um den Preisabbau zu erzwingen. Sie kürzt den Reallohn, indem sie die Handelsverträge zerschlägt und durch Zollerhöhungen die Lebenshaltung verteuert. Ihr angeblicher Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist zum

## Kampf gegen die Erwerbslosen

geworden. Es geht um Lohn und Gehalt; der gesetzliche Lohnschutz: die tarifliche Bindung der Gehälter, das staatliche Schlichtungswesen und die Arbeitslosenversicherung sind das nächste Ziel der Unternehmeroffensive. Alles wird daher davon abhängen, ob die gesamte Arbeitnehmerschaft am 14. September durch eine neue Verteilung der politischen Kräfte die notwendige Widerstandskraft gegen die wirtschaftlichen Monopolmächte und die von ihnen getragene politische Reaktion aufbringen wird. Die Angestellten müssen aus ihrer gewerkschaftlichen Erkenntnis heraus die politischen Folgerungen ziehen und dem Block der Kapitalisten den eisernen Block der Arbeit gegenüberstellen.

Der Ausweg aus der Wirtschaftskrise kann nur gefunden werden, wenn die kapitalistische Wirrnis unserer Tage ersetzt wird durch Planmässigkeit der Produktion. Auf dem Wege zur gesellschaftlichen Beherrschung der Wirtschaft ist die

Demokratie unsere Waffe.

Ueber ihr Sein oder Nichtsein wird am 14. September entschieden.

Die parteiliche Gewissensfreiheit der Mitglieder der Afa-Verbände soll auch in diesem Augenblick, da wir die Angestellten zur Erfüllung ihrer höchsten Staatsbürgerpflicht aufrufen, nicht angetastet werden. Unsere Gewerkschaften stehen nach wie vor über der Parteilichkeit, und sie werden auch in Zukunft nicht darauf verzichten, ihre volle Unabhängigkeit gegenüber allen politischen Parteien zu wahren. Wohl aber gilt es Partei zu ergreifen gegen

die Regierung

und ihre Träger, die sich zum

Vollzugsorgan kapitalistischer Unterdrückung

der Angestellten gemacht hat.

Wählt als Angestellte: Wählt gegen den Regierungsblock des Sozialabbaus! Schützt die sozialen Errungenschaften; wählt den politischen Schutz gegen den Lohnabbau, kämpft für den sozialen Aufstieg der Angestellten; wählt den Weg zur Gesundung der deutschen Wirtschaft; helft eine glückliche Zukunft des Volkes zu gestalten! Scharf Euch um das Banner von

Demokratie und Sozialismus!

Berlin, den 3. September 1930

AFA-Bundesvorstand.

SPD. 1,2 Milliarden will der Reichsarbeitsminister Stegerwald, wie er in Duisburg in einer Zentrumsversammlung ausführte, im Laufe der letzten fünf Monate seiner Amtstätigkeit für die Unterstützung der Arbeitslosen neben der Arbeitsbeschaffungs-Milliarde neu aufgebracht haben. Wie sich diese 1,2 Milliarden zusammensetzen, hat der Minister in Duisburg nicht gesagt, wenigstens geht das nicht aus dem Bericht der ihm nahestehenden Presse hervor. Vielleicht holt das Reichsarbeitsministerium das noch nach; denn wenn sich der Minister bei den Arbeitslosen unter Hinweis auf seine besondere Förderung der Unterstützung in Empfehlung bringen will, dann sind ganz klare Angaben am Platze.

Genauere Zahlen wären auch dringend notwendig hinsichtlich des Umfangs der Arbeitslosigkeit. Bis zur Stunde weiss man z.B. trotz der beweglichen Klagen der Städte über die steigende Erwerbslosenlast nicht genau, wie viel Wohlfahrtserwerbslose es denn eigentlich gibt. Die von den Städten genannten Ziffern sind in der Öffentlichkeit zum Teil als Zweckziffern hingestellt worden, weil die Gemeinden ein Interesse daran hätten, die Dinge möglichst schwarz zu machen, um bald von dem finanziellen Druck der Arbeitslosigkeit befreit zu werden. Neben der Zählung der Unterstützten in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge soll nunmehr auch eine genaue Zählung der Wohlfahrtserwerbslosen durchgeführt werden. Die Vorarbeiten dazu sind bereits im Gange. Das Zählergebnis wird leider erst nach den Wahlen die Öffentlichkeit erfahren dürfen.

+ + +

Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen wird von den Arbeitsämtern festgestellt und zwar in Zusammenarbeit mit den Bezirksfürsorgeverbänden. Für die Durchführung der Statistik sind umfangreiche Einzelvorschriften erlassen. Die Erhebung erstreckt sich über einen Zeitraum von mindestens 3 Monaten.



SPD. Überall herrscht Arbeitslosigkeit. In Deutschland aber bringen es Wirtschaftsführer des Unternehmertums fertig, für die Krise auf dem Arbeitsmarkt die Sozial- und Lohnpolitik verantwortlich zu machen. So kommt Herr von Raumer, Volksparteiler und Reichswirtschaftsminister a.D., in der letzten Nummer der "Arbeitgeberzeitung", wieder mit den alten Geschichten, dass das Anschwellen der öffentlichen Lasten einschliesslich der Sozialversicherung die Kapitalbildung verhindert und die fortgesetzte Erhöhung der Löhne mit Hilfe der Schlichter die Industrie gezwungen habe, aus dem Lohn in die Maschine zu flüchten; man habe dann die durch Einströmen fremder Gelder verursachte Konjunktur als Dauererscheinung ausgewertet und geglaubt, dass man darauf Löhne aufbauen könne, die an der Spitze des Kontinents stünden, und eine Sozialversicherung, die an der Spitze der Welt marschiere. In den 2.845.000 Arbeitslosen, in dem Zusammenbruch des Innenmarktes, liege die Quittung auf diese Politik.

Auf deutsch: Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind schuld an der Arbeitslosigkeit. Auch in England haben die Unternehmer die Arbeiter für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen versucht. Also die Arbeiter sind selber schuld an ihrem Elend; mit ihrer Sozial- und Lohnpolitik haben sie die Massenarbeitslosigkeit hervorgerufen.

Lügner müssen ein gutes Gedächtnis haben. Dieselben Herrschaften, die den Arbeitern weiss machen wollen, dass sie mit Lohnsteigerung die Rationalisierung und damit die Arbeitslosigkeit hervorgerufen hätten, vergessen, dass sie selbst wiederholt betont haben, die Rationalisierung sei nicht schuld an der Arbeitslosigkeit, wie das englische Beispiel zeige. Tatsächlich hat England - trotz hoher Löhne - nicht entfernt so scharf rationalisiert wie Deutschland und hat doch riesige Arbeitslosenziffern. Die deutschen Unternehmer haben früher wiederholt Amerika gerühmt und gepriesen, weil dort so gut wie keine Sozialpolitik existiere und daher die Industrie von enormen Lasten befreit sei. Nun hat aber Amerika zur Zeit nicht weniger als etwa rund 8 Millionen Arbeitslose.

Überall herrscht Arbeitslosigkeit: in Ländern mit und ohne Rationalisierung, in Ländern mit hohen Löhnen und mit schlechten Löhnen. In Bulgarien z.B. wird zur Zeit sogar in der Tabakindustrie, wo fürchterliche Hungerlöhne bezahlt werden, scharf rationalisiert und Tausende sind dort infolgedessen von Erwerbslosigkeit bedroht. Aus fast allen Ländern Europas, abgesehen von Skandinavien und Frankreich, werden sehr hohe Arbeitslosenziffern gemeldet, und selbst aus Australien und Neuseeland, d.h. also aus Ländern mit vorbildlicher wirtschaftlicher Verwaltung kommen jetzt Hiobsbotschaften vom Arbeitsmarkt. In Australien sind 180 000 Männer und Frauen arbeitslos, in Neuseeland bei nur 1 400 000 Köpfen 10 000.

Die Ursachen dieser Weltkrise sind in den verschiedenen Ländern nicht genau dieselben; trotzdem lässt sich nicht leugnen, dass vor allem in den hochentwickelten Industriestaaten eine Ursache überall mehr oder minder stark festzustellen ist: das Missverhältnis zwischen Produktionsfähigkeit und der Kaufkraft der Bevölkerung. Der Versuch, die freie Arbeiterbewegung für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen, ist nichts weiter als groteske Kinderei, und für Leute, die in Wirtschaftsfragen führend mitsprechen wollen, geradezu beschämend.

---

SPD. Die ehemalige kommunistische Gewerkschaftszentrale der Tschechoslowakei hat sich am 1. September mit der sozialdemokratischen "Tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigung" verschmolzen. Der Mitgliederbestand der sozialdemokratischen Gewerkschaftszentrale stieg dadurch auf rund 600 000.

---

# Wirtschaft Technik Handel

Brüning-Schiele zerteppern die Messe.

( Von unserem Sonderberichterstatter )

SPD. Leipzig, den 3. September (Eig. Drahtb)

Angesichts der schlechten Wirtschaftslage sucht man natürlicherweise nach Einschnitten, sozusagen nach Wendepunkten in der Konjunkturentwicklung. Man sagt sich, einmal muss es doch anders und besser werden. Die Leipziger Messe ist in ihrer langen Geschichte oftmals ein solcher Wendepunkt geworden; auch nach dem Kriege.

Die diesmalige Herbstmesse hätte unter Umständen ein solcher Einschnitt in die Wirtschaftsentwicklung werden können. Die psychologischen Voraussetzungen, die in der kapitalistischen Wirtschaft für die Unternehmerinitiative eine fast ausschlaggebende Rolle spielen, sind gegeben. Man hofft in weiten Kreisen im nächsten Frühjahr auf eine Wirtschaftsbesserung. Man hofft bereits auf ein besseres Weihnachtsgeschäft und führt hundert Gründe dafür an. Wenn man aber ein gutes Geschäft machen will, dann muss man einkaufen. Das hat man in Leipzig leider nicht in dem Masse getan, wie das für eine grosszügige Anregung der deutschen Wirtschaft wünschenswert gewesen wäre. Die Arbeitsbeschaffungsparolen der Regierung - das sei einmal klipp und klar festgestellt - haben in Leipzig völlig versagt. Die schlechte Fundierung der Regierungsprogramme ist aber nicht - auch dieses sei ebenso eindeutig festgestellt - die einzige Ursache dafür.

Hinzu kommen Unsicherheiten und Verkehrtheiten der grossen Wirtschafts- und Handelspolitik. Auf das Exportgeschäft warf unzweifelhaft die Kündigung des Finnenvertrages seine Schatten. Selbst wenn der Exporteur Optimist ist und sich auf den Standpunkt stellt, dass die Kündigung des Finnenvertrages bei einer anders zusammengesetzten Reichsregierung eine bedauerliche Angelegenheit, aber immerhin eine Einzelercheinung bleiben wird, weiss man, dass der Reichslandbund das Kabinett Brüning-Schiele in die Rolle eines handelspolitischen Friedensstörers hineinmanövriert hat. Man gesteht sich, dass das die Sympathie im Ausland für deutsche Waren gerade nicht steigern wird. Wer weiss aber, so folgern Pessimisten, die sich in schlechten Zeiten immer in der Mehrzahl befinden, weiter, ob die Folgen des Finnlandabenteuers nicht schon in kurzer Zeit handelspolitische Auseinandersetzungen sein werden? In diesem Fall könnte es Deutschland in wichtigen Absatzländern ebenso gehen wie in Polen, wo die deutsche Ware seit Jahren schrittweise zu Gunsten anderer Länder zurückgedrängt wird. Die Tatsache, dass der deutsch-polnische Handelsvertrag noch immer in Schwebelage ist, muss diese Bedenken stützen und wirkte in Leipzig weiter verstimmend. Das Kabinett Brüning-Schiele ist in Leipzig ein schlechter Propagandist für die deutsche Warenausfuhr geworden. Das Fiasko der Herbstmesse kommt ohne Zweifel zu gutem Teil auf sein Konto. Wir können uns eine Reichsregierung vorstellen, die, anstatt unnötiger- und dummerweise Handelsverträge zu kündigen und die Verbraucher deutscher Waren im Auslande zu provozieren, den Gedanken einer europäischen Zollunion aufgreift, die inmitten der Wirtschaftskrise von Kreisen des grossen Handels mehr als je als Notwendigkeit betrachtet wird. Die Regierung hätte so einen grossen moralischen Erfolg zu buchen und dem Absatz deutscher Waren die Wege geebnet. Auch dem Messeamt wäre dasselbe zu empfehlen. Statt dessen lässt es in einer Besprechung mit der

in- und ausländischen Presse Leute, die dem Geschäfts- und Wirtschaftsleben doch mehr theoretisch nahestehen, reichlich Ueberflüssiges über die Konjunktur-entwicklung orakeln. Das Leipziger Messeamt ist nun einmal ein ganz vorzügliches Instrument der deutschen Exportförderung und es wäre zu wünschen, dass dieses Instrument vor Missbrauch bewahrt bleibt und weitgehend in die schwebenden grossen Exportprojekte eingeschaltet wird.

Den Rest gab der Leipziger Herbstveranstaltung wohl die Brüningsche Preissenkungsaktion. Der Handel weiss ganz genau, dass dieser Reichskanzler keine Preise senken wird. Aber er weiss auch, wieviel Unruhe durch solche Aktionen in das Geschäftsleben hineingetragen wird. Auch die ausländischen Einkäufer, die zahlreich am Platze waren, hielten mit Rücksicht auf die Preissenkungsaktion zurück. Vielfach konnte man feststellen, dass die Preise für deutsche Waren nach dem Auslande unter Berufung auf die Preissenkung überaus stark gedrückt wurden. Vom Druck auf die inländischen Preise war weniger zu merken, obwohl die von den Kartellen und Syndikaten festgesetzten Preise bei Abnahme von grösseren Partien stark unterschritten wurden. Hier profitieren in erster Linie die Grossen, vor allem die Warenhauskonzerne.

Der Preisabbaukanzler Brüning hat mit seiner Aktion den Erfolg gehabt, dass er in das Herbstgeschäft auf der Leipziger Messe einen Unsicherheitsfaktor hineingetragen hat, der sich geradezu verheerend auswirkte. Das ist Förderung der Wirtschaft, wie sie das gegenwärtige Reichskabinett auffasst.

Man wird sich deshalb über das kleine Geschäft, das die Leipziger Herbstmesse gehabt hat, nicht zu wundern brauchen. Die Textilmesse hatte im Anfang fast in allen Branchen Erfolge zu verzeichnen. Besser war auch der Absatz von billigem Gebrauchsporzellan und Steingut, von Möbeln und kunstgewerblichen Dingen, billigen Koffern und Süswaren. Hier und da kam auch die Spielwarenindustrie auf ihre Rechnung. Die Baummesse dürfte besser abgeschnitten haben als manche Industrie auf der Mustermesse, wenn auch hier die Erwartungen wohl nicht ganz erfüllt worden sind. Im grossen und ganzen war die Entwicklung so, dass am Messonntag, der durch ein strahlend schönes Wetter begünstigt war, zahlreiche, wenn auch kleine Aufträge hereingenommen wurden. Sie dienten wohl der normalen Lagerauffüllung. Am Montag setzte Regenwetter ein, das die Stimmung stark drückte. Die vollbesetzten, von Leipzig nach allen Teilen Deutschlands abgehenden Züge waren der beste Beweis für das Abflauen der Messe. Dabei ist es geblieben.

SPD. Der Preisabbaukanzler Brüning ist mit seiner Preissenkungsaktion jetzt soweit gekommen, dass er offene Türen einrennt. Darüber teilt das Reichswirtschaftsministerium u.a. folgendes mit: "Die nunmehr veröffentlichte Ausführungsverordnung zu der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 erklärt Reversverträge für nichtig und untersagt die Anwendung von Geschäftsbedingungen, soweit sie den Abnehmer einer Ware a) für Ware anderer Art oder Herkunft oder aber b) für gewerbliche Leistungen in seiner Preisstellung rechtlich oder wirtschaftlich beschränkt."

Der gewöhnliche Sterbliche wird von dieser Verordnung gar nichts verstehen. Machen wir sie uns durch einen Spezialfall klar: Der Linoleumtrust legt seit einiger Zeit diese Methoden aufgegeben worden - seinen Abnehmern die Verpflichtung auf, nicht nur das vom Trust bezogene Linoleum zu einem vorgeschriebenen Preis zu verkaufen, sondern auch das Linoleum, das von anderen Werken geliefert wurde. Es schreibt ferner seinen Abnehmern mittelbar oder unmittelbar die Preise für Deckleisten, Messingschienen, Pappe und ähnliche Waren, weiter die Preise für das Verlegen, das Reinigen und Bohren und das Anbringen der Schienen vor. Diese Methoden sind seit Jahren scharf kritisiert worden und der Linoleumtrust hat sich schon vor einiger Zeit bereit erklärt, Reverse, die die Innehaltung von Monopolpreisen jeglicher Art verlangen, von seinen Abnehmern nicht mehr unterschreiben zu lassen. Der Linoleumtrust hat

das, nicht aus Menschenfreundlichkeit getan, sondern er sah sich dazu gezwungen, weil sich der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats mit den Stimmen der Arbeitnehmer und der Verbraucher für die Abschaffung derartiger Methoden erklärte. Die Arbeitgeber stimmten im Wirtschaftspolitischen Ausschuss dagegen. Der Fall zeigt, dass die Regierung schon mit ihrer Preissenkungsaktion etwas erreichen kann, wenn sie nur will. In diesem Fall hat der Beschluss des Reichswirtschaftsrats schon genügt. Wenn die Reichsregierung von vornherein z.B. in der Frage der Markenartikel auf die Beschlüsse des Reichswirtschaftsrats eingegangen wäre, so hätte die Preissenkung sicherlich zum Erfolg geführt.

In diesem Fall rennt die Reichsregierung offene Türen ein. Sie zieht mit ihrer Verordnung für die wichtigsten Gebiete nur die Konsequenzen aus einer bereits vor sich gegangenen Umstellung der beteiligten Kreise. Wir halten die Verordnung der Regierung für eine immerhin nützliche Lockerung. Von einem Vorgehen gegen die Kartelle und Trusts, wie es die Reichsregierung grosspurig in ihrer Notverordnung ankündigte, kann aber keine Rede sein.

SPD. Das Berliner Messamt teilt über den Verlauf der "Grossen Funkausstellung und Phonoschau Berlin 1930" mit: "Mit grösster Befriedigung können die beteiligten Kreise feststellen, dass die Veranstaltung alle Erwartung weit übertroffen und sich zu einem vollen Erfolg für die Wirtschaft und den Rundfunk ausgewirkt hat. Der Besuch durch die Händlerkundschaft aus dem In- und Ausland und durch das am Rundfunk interessierte Publikum war ein sehr starker; die Besucherzahl des Vorjahres wurde beträchtlich überschritten. Das Geschäft in Rundfunkgerät, Zubehör und Einzelteilen aller Art war überaus lebhaft und der Absatz unerwartet gut. Nicht nur billige Volkstypen, sondern auch hochwertige Geräte waren begehrt. Neben dem Inland trat das Ausland in verstärktem Umfange als Käufer deutscher Apparate auf. Die trotz Qualitätsverbesserung herbeigeführte Preisermässigung erleichterte die Absatzfähigkeit im Inland und steigerte gleichzeitig das ausländische Interesse an deutschen Erzeugnissen. Auch der Verlauf der erstmals angegliederten Phonoschau war, insbesondere in propagandistischer Hinsicht, so befriedigend, dass der weitere Ausbau dieser Fachausstellung im Rahmen der nächsten Funkausstellungen gesichert erscheint".

SPD. Die Braunkohlenindustrie A.G. Zukunft in Weissweiler gibt für das verfllossene Jahr einen Gewinn von 1,176 Millionen Mark an gegenüber 1,174 Millionen Mark im Vorjahr. Es wird, wie im Vorjahr, eine Dividende von 7% gezahlt. Infolge der milden Witterung wurden Feierschichten eingelegt, so dass die Förderung von 3,47 Millionen Tonnen im Vorjahr auf 3,41 Millionen Tonnen zurückging. Die Brikettfabrikation steigerte sich jedoch von 870 000 Tonnen auf 920 000 Tonnen. Der Stromabsatz konnte von 188,6 Millionen kWh auf 199,3 Millionen gesteigert werden. Die Bilanz weist eine Steigerung der Vorräte auf, was darauf zurückzuführen ist, dass das Unternehmen zeitweise auf Lager arbeitete. Durch den weiteren Ausbau des Kraftwerks haben sich die "sonstigen Schulden" um 870 000 Mark auf 2,6 Millionen Mark gesteigert.

SPD. Der Siemenskonzern (Siemens & Halske A.G.) hat finanzielles Interesse an der Fabrik für Grossmaturen Gebrüder Reuling in Mannheim genommen. Der Schritt erfolgte, weil der Siemenskonzern einen steigenden Bedarf bei ihrer Kundschaft an Grosswasserschlebern und Drosselklappen mit elektrischen Antrieben bzw. mit elektrischer Fernbedienung und Fernmeldung zu befriedigen hat. Die Mannheimer Firma wird unter dem bisherigen Namen weiter betrieben.

Stützungsstelle an der Arbeit.

( Berliner Getreidebörse vom 3. September )

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Mittwoch in überaus nervöser Stimmung. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf den Markt der Zeitgeschäfte, wo ungewöhnlich reichhaltiges Angebot vorlag. Die Stützungsstelle musste daher kräftig eingreifen. Es gelang jedoch nur mit Mühe die vorderen Roggensichten zu halten. Dezember- und Märzroggen verloren dagegen je 2 Mark. Der Weizenkurs ging um 4 Mark zurück, konnte im Verlaufe der Börse jedoch wieder etwas aufholen. Auch im Handel mit effektiver Ware wurden die Kurse durch Stützungskäufe gehalten. Mehl hatte ruhiges Geschäft. Weizenmehl war 25 Pfennige billiger, Roggenmehl 25 Pfennige höher angeboten. Hafer war stetig.

	2. September	3. September
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	248 - 253	248 - 253
Roggen	187	187
Braugerste	204 - 222	204 - 222
Futter- und Industrierogerste	183 - 198	183 - 198
Hafer	180 - 193	178 - 191
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	29,00 - 37,00	28,75 - 36,75
Roggenmehl	25,60 - 27,50	25,75 - 28,00
Weizenkleie	9,25 - 9,50	9,25 - 9,50
Roggenkleie	8,50 - 9,00	8,50 - 8,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 255-257, Oktober 257-259, Dezember 267, März 278. Roggen September 189, Oktober 191 $\frac{1}{2}$ -190, Dezember 198, März 210. Hafer September 170, Oktober 172 $\frac{1}{2}$ , Dezember 180, März 189 $\frac{1}{2}$ .

SPD, Nach den Erhebungen des Preussischen Statistischen Landesamts ergibt sich, wenn 1 sehr gut und 5 sehr gering bedeutet, für den Rebenstand im Freistaat Preussen für Anfang September eine Begutachtungsziffer von 2,7 (Anfang August 1930 = 2,5, Anfang September 1929 = 2,6, Anfang September 1928 = 3,2).

Die Güte der Trauben wird im Durchschnitt des Staates mit 2,9 gegenüber 2,2 zu Anfang September 1929 beurteilt. Am stärksten hat das Rheingaugebiet unter dem schlechten Wetter des Vormonats gelitten. In den übrigen Weingebieten des Freistaates dürfte auf Grund der amtlichen Schätzungsergebnisse mit einer mittleren Weinernte zu rechnen sein.

SPD. Die Serie der Brauereiabschlüsse wird diesmal durch die Reichelbräu A.G. Kulmbach eröffnet. Das Unternehmen wird wie im Vorjahr eine Dividende von 20% zahlen. Das Rohergebnis hat sich mit 755 000 Mark gegenüber dem Vorjahr etwas gesteigert. Es wird darauf verwiesen, dass das befriedigende Ergebnis u.a. auf billigere Eindeckung mit Rohmaterial zurückzuführen sei. Durch die billigeren Rohstoffpreise hätten die Lohnerhöhungen und der Absatzrückgang im Mai und im Juni ausgeglichen werden können.

SPD. Nachrichten aus Pirmasens zufolge, ist eine langsam fortschreitende Besserung in der Schuhindustrie festzustellen. Die Arbeitslosenziffer geht zurück.



# Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

Berlin, den 3. September 1930

Der "Diamantenherzog." X

SPD. Dass es in der deutschen Fürstengeschichte eine ansehnliche Reihe ebenso gemeingefährlicher wie komischer Käuze gegeben hat, ist männiglich bekannt. Eines der interessantesten Exemplare dürfte wohl jener Braunschweiger Herzog Karl gewesen sein, den seine aufgebrachten Untertanen vor hundert Jahren zu mitternächtiger Stunde nicht mit Pauken und Trompeten, wohl aber mit Steinwürfen und Knütteln aus dem Lande trieben.

In der Serie der Braunschweiger Landesväter waren schon früher mehrfach recht unbeliebte Vertreter einer ihre Macht brutal ausnutzenden Herrenkaste gewesen, die die Volksrechte in ausgiebiger Weise missachteten und ganze Kompagnien Landeskinder gegen klingende Münze ans kriegführende Ausland verkauften. Die Zuflucht der Geschichte wehte noch nicht durch jene kleinen Duodezfürstentaaten. Dem Unfug die Krone setzte der 1823 als Neunzehnjähriger zur Regierung gekommene Karl II. auf. Der junge Herr trieb von Anfang an die tollsten Streiche. Er verprasste die aus der Bevölkerung herausgepressten Steuern für seine persönlichen Spielereien, machte in kostspieliger Mätressenwirtschaft, tyrannisierte die Beamten und überwarf sich auch bald mit den Landständen, die es wagten, dem wüsten Tun des landesväterlichen Jünglings gegenüber einige abfällige Bemerkungen zu machen. Dieser Karl war ganz und gar ein Beispiel absoluter Selbstherrlichkeit.

Gewiss war man um jene Zeit in den europäischen Staaten trotz Heiliger Allianz und Metternich nicht mehr so übermässig fürstentreu. Das hatte zur Folge, dass die Verschwendungssucht und die Missachtung der Volksrechte durch den Herzog bald allgemein bekannt wurden, ja, vielfach das Tagesgespräch bildeten. Ganz besonders schon deshalb, weil neben der herausfordernd dreisten Note des herzoglichen Spiels noch eine recht komische zu verzeichnen war. Der junge Mensch liebte eine besondere Art von Amusements. Andere Leute, zumal solche aus der Gattung der gewöhnlichen Sterblichen, waren für ihn nur als Geschöpfe zur Betätigung seiner Laune vorhanden. Von irgendeiner Robeit bis zum lächerlichsten Schabernack betrachtete er sie als willfähige Objekte seiner Lust. Welcher Art zuweilen solch fürstlicher Unfug war, sei an folgendem Beispiel erläutert. Einmal hatte der Landesherr den "Grossen seines Reiches" ein festliches Essen gegeben. Alles war aufs pompöseste vorbereitet. In grosser, durch das Hofzeremoniell genau vorgeschriebener Toilette erschienen die Damen und Herren, um sich in Fürstengunst zu sonnen und einen interessanten Abend zu verleben. Und wirklich, der Abend sollte für die Herrschaften sehr interessant werden. Auf Veranlassung des herzoglichen Gastgebers hatte der die Speisen herstellende Koch gleich in die ersten Gänge ein recht starkes, aber nicht erkennbares - Abfuhrmittel mischen müssen. Unter strengster Verschwiegenheit natürlich. Die Folge dieses Streichs war, dass schon nach kurzer Tafelung ein grosser Teil der durch die Einladung hochgeehrten Gäste auf schnellstem Wege nach den bekannten verschwiegenen Oertchen stürmte. Nun aber kam der Hauptwitz. Serenissimus hatte nämlich in wohlweiser Voraussicht der Dinge die gewissen Oertlichkeiten zuverlässig abschliessen lassen. Man stelle sich die peinlichen Situationen der eleganten "Grossen des Reiches" vor! - Solche und ähnliche schlechte Scherze bevorzugte dieser Landesvater.

Bis dann den braven Braunschweigern doch das Ding zu bunt wurde. Sieben Jahre lang hatten sie sich den Unfug ihres von Gott und Metternich eingesetzten Herrn angesehen. Dann aber riss ihnen, etwas durch den Geist der Pariser Julirevolution beeinflusst, der Geduldsfaden, wich die Scheu vor dem Gottesgnadentum. Am 6. September 1830, als der Herzog sich wieder einmal im Theater unmanierlich benommen hatte, rottete sich nach Schluss der Vorstellung ein grosser Teil des Publikums zusammen und machte dem in seine Equipage steigenden Herzog eine Katzenmusik. Schmährufe und Steinwürfe folgten. Der Kutscher hieb auf die Pferde, aber die Menge trabte hinterher, belagerte die halbe Nacht das Schloss und war darauf und dran, das Schloss zu stürmen, um den kleinen Sultan zu lynchen. Nur mit Not gelang es diesem, zu fliehen und ins Ausland zu entkommen. Seine französische Geliebte und seinen grossen Diamantenschatz hatte er rechtzeitig mitnehmen können.

Das Domizil des verjagten Fürsten, der später noch einige vergebliche diplomatische Versuche machte, seinen "angestammten Thron" wiederzugewinnen, war fortan Paris. Hier machte er viele Jahre hindurch ob seiner Geckenhaftigkeit von sich reden. Er behängte seine Mätressen regelmässig von oben bis unten mit Brillanten, die zuhause wieder abgenommen wurden, und erwarb sich so den Namen "Brillantenerzog". Sechszwanzig Jahre alt war der Herzog, als er von seinen Untertanen aus dem Lande getrieben wurde. Dreiundvierzig Jahre später starb er in Genf, wo er die letzten Jahre verbracht hatte. Und dieser Stad vermachte der sonderbare Herr kurz vor seinem Tode sein ziemlich grosses Vermögen, das in der Hauptsache aus wertvollen Diamanten bestand. Eine Bedingung hatte er gestellt: die Stadt Genf hatte sich verpflichten müssen, ihm ein Reiterstandbild zu errichten. Was auch geschah, in bester Bronze... (Uebrigens hat auch sein jüngerer Bruder Wilhelm, der ihm auf dem Braunschweiger Herzogthron folgte und 1886 kinderlos starb, noch etwa zwanzig Jahre nach seinem Tode aus genau dem gleichen Grunde von der Stadt Braunschweig ein Denkmal bekommen.)

Das ist die ans Verrückte grenzende, aber geschichtlich absolut verbürgte Historie vom Braunschweiger "Diamantenerzog".

Jussuf.

---

### Parteiarbeit in Georgia.<sup>x</sup>

---

Von Gilbert Lewis.

SPD. Wir hatten ein gelungenes Protest-Meeting auf den Stufen der Rathausstreppe abgehalten und sassen nun in dem Hinterzimmer des kleinen Kaufladens, wo wir uns gewöhnlich trafen, um Pläne für die Zukunft zu schmieden. Plötzlich klingelte das Telephon. Es war ein Fernruf... zwei Parteifreunde sprachen aus einer Mühlenstadt Georgias.

Die Lage war gefährlich, der Ausblick beunruhigend. Mary, Ordnerin der National Textile Workers Union (es war nicht unmöglich, dass das Gericht in Atlanta, vor dem sie wegen Verteilung "aufrührerischer" Literatur angeklagt war, gegen sie ein Todesurteil verkünden würde), ein Kind von neunzehn Jahren, eine furchtlose Kämpfernatur, sprach am Apparat: "Schlimm sieht es aus, Gil. Wir verteilten Handzettel, in denen wir eine Versammlung einberufen. Nun erfahren wir dass die Mühlenbesitzer einen Angriff auf die Versammlung planen... sie haben 75 bis an die Zähne bewaffnete Burschen gedungen. Hör doch mal, Gil, verschaff dir ein Auto und komm so rasch als möglich her! Sie wollen erst nach der Versammlung losgehen... Vielleicht können wir auch einen Zusammenstoss vermeiden, wenn wir nachher rechtzeitig verschwinden... Wie? Ein Baumwollmühlenarbeiter mit einem Auto? Du bist wohl verrückt! Leih' dir von irgendeinem Parteifreund ein Auto! Aber gib Acht!..."

Wir setzten uns sofort mit zwei Parteifreunden, die Autos besaßen, in Verbindung. Aber beide Wagen waren nicht in Ordnung. So riefen wir einen Taxistandplatz an... einen Neger-Taxistandplatz. Der Chauffeur war einverstanden, uns für bare fünfundzwanzig Dollar zu fahren. Billiger konnte er's nicht. Wir gingen Parteifreunde und Sympathisierende um das Geld an. Es war nicht schwer, ihnen die Lage verständlich zu machen, und bald hatten wir das Geld... Aber es war bereits 8 Uhr 30 geworden. 8 Uhr 30! Um 10 Uhr spätestens sollten wir zur Stelle sein. Die Stadt war 70 Meilen entfernt. Wir mussten wie die Teufel fahren. Der Fahrer versprach es uns...

Und er hielt Wort. Um zehn Uhr fünf waren wir dort. Die Versammlung, wenn überhaupt eine stattgefunden hatte, war beendet. Kein Mensch war zu sehen. Der Ort war merkwürdig ruhig. Wir stiegen aus dem Wagen, und, da wir keine Streichhölzer hatten, krochen wir auf der Erde herum und suchten nach Handzetteln - ein Zeichen dafür, dass die Versammlung wenigstens begonnen hätte. Einige fanden wir auch, zerknittert und zertreten. Es sah nicht gut aus. Wir begannen uns recht bedrückt zu fühlen und... zornig. Vielleicht hatten die Bestien bereits ihr Werk verrichtet...

Wir kletterten wieder in den grossen Cadillac. Der Parteifreund, der mich begleitete, erinnerte sich an die Adresse eines Arbeiters, der Mitglied der Union war. Wir fuhren nach seinem Hause. Er war noch im Bett, aber wir zerrten ihn heraus.

Nein, nichts Ernsthaftes war vorgefallen. Die Mühlenbesitzer wollten freilich etwas gegen uns ins Werk setzen, aber es schien, dass sie von Gastonia gehört hatten. Sie kamen bewaffnet. Als sie jedoch sahen, dass wir vorbereitet waren, kauften sie sich sechs Dutzend faule Eier und begannen, damit nach den Rednern zu werfen. Aber... die Versammlung konnten sie nicht sprengen. Es war ein Erfolg. Ja... er wusste, wo wir die Ordnung treffen konnten.

Nachdem wir uns vergewissert hatten, dass bei diesem Parteifreund alles in Ordnung war, fuhren wir heim. Als wir die Hauptstrasse erreichten, fanden wir sie von zwei grossen Bourgeois-Wagen versperrt. Unser Fahrer liess mehrmals seine Hupe ertönen, aber sie weigerten sich, uns den Weg freizugeben. Der Fahrer versuchte, zwischen ihnen hindurchzufahren, blieb jedoch in der Mitte der Strasse stecken. Nachmals hupte er, aber sie gaben den Weg nicht frei. Hupend blieb er stehen, um die Ursache zu erfahren. Die Insassen der Bourgeois-Autos stiegen aus und näherten sich uns. Sie beschuldigten unsern Fahrer, nicht gehupt, vielmehr versucht zu haben, sie zusammenzufahren. Unser Chauffeur verteidigte sich. Plötzlich erkannte der eine - in der Dunkelheit konnte er früher nichts sehen - die Hautfarbe unsres Fahrers.==

"Ach so! Ein Neger bist du, ein Nigger", heulte er. "Nun, du Hurensohn!.." Er griff schnell nach der Tür unseres Autos. Unser Fahrer hatte gerade noch Zeit, mit seiner Faust auszuholen. Sie landete gerade auf dem Kinn des Biests und schmetterte den Kerl auf die Landstrasse. Fast gleichzeitig presste der Fahrer seinen Fuss gegen den Anlasser. Der Cadillac erzitterte, stöhnte und schoss nach vorwärts... Das Biest sprang auf und stürzte sich in seinen eigenen Wagen. Unser Chauffeur fuhr mit einer Siebzig-Meilen-Geschwindigkeit über die Landstrasse. Die Strasse war menschenleer, gutgepflastert und zu rascher Fahrt wohlgeeignet. Der grosse Cadillac durchzischte die Luft und fasste den Asphalt wie Eisenbahnräder die Schienen. Aber auch das Biest hatte einen schnellen Wagen.

Fünfunddreissig Meilen fuhren wir mit der gleichen Geschwindigkeit, während das Biest stetig Boden gewann. Dann nahmen wir plötzlich eine sehr scharfe Kurve. Der Cadillac erzitterte und erbebte, und es schien, als sollten wir alle in die Luft fliegen. Der Fahrer behielt seine Geistesgegenwart, erfasste energisch das Lenkrad. Wir hatten die Kurve um Haaresbreite genommen.

Wir richteten uns auf, schöpften tief Atem und schauten uns nach dem Biest um. Er nahm gerade die Biegung. Wir sahen seine Lichter rechts von uns

im Walde. Dann, plötzlich, verschwanden sie. Niemals sahen wir sie wieder. Ich las eine Woche lang die Lokalzeitungen von Georgia. Ich fand keinen Bericht über den Vorfall. Vielleicht irrte ich mich. Aber ich möchte um alles in der Welt gern erfahren, wodurch das Biest so zu plötzlicher Sinnesänderung veranlasst worden ist...

Es war 3 Uhr 30, als wir heimkamen. Ich fiel in mein Bett und schlief wie eine Ratte.

(Aus dem Amerikanischen übersetzt von Leo Korten).

---

### Donaufahrt durch den Balkan.<sup>x</sup>

---

SPD. In Belgrad, der Hauptstadt Jugoslawiens, hält unser Dampfer für mehrere Stunden. Schnell benutzen wir die Gelegenheit, uns die "weisse Stadt" etwas näher zu beschauen. Der erste Eindruck ist uneinheitlich. Zwischen Holzbuden und aufgerissenen Strassen steht plötzlich ein neuerbauter, vielstöckiger Steinpalast. In der Hauptstrasse herrscht reges Leben, das in der Hauptsache von den Militärs beeinflusst wird. Vor allen wichtigen öffentlichen Gebäuden stehen Posten mit aufgepflanztem Bajonett, während die Offiziere mit ihren Mädels in schneidigen Uniformen herumbummeln.

Dass wir dem Orient näher kommen, zeigt sich nicht nur in dem Gestank der Gassen und der seltsamen Musik in den Restaurants. Am deutlichsten wird uns der Wechsel offenbar, als wir uns gegen den Durst eine Melone kaufen wollen. Verlangt wird von den braunen Gesellen ein unmöglicher Preis. Wir bieten glatt ein Viertel und einigen uns nach langem, mühseligem Verhandeln schliesslich auf etwas mehr als die Hälfte.

Um Mitternacht geht unser Schiff weiter. Langsam verschwinden die hellen Kais und die weissgetünchten Häuser, und wir dampfen hinaus in eine unbeschreiblich schöne Donanacht.

Am nächsten Morgen zeigt sich eine ganz andere Landschaft als an den vorhergehenden Tagen. Ringsumher liegen bewaldete Berge, über denen noch in langer Schwaden der Morgennebel liegt. Nur langsam kämpft sich die Sonne durch. Vor uns im Wasser liegt der kahle Babakaifelsen, "das schreiende Weib" genannt, weil angeblich ein Türke aus Eifersucht seine Frau hier angeschmiedet haben soll.

Immer näher kommen die Berge und drängen das Wasser der Donau in eine schmale Rinne, während sie vorher in ungebändigter Freiheit stolz durch die Ebene floss. Grosse Regulierungen des Stromes waren notwendig, um diese Strecke der Schifffahrt nutzbar zu machen. Mit gefesselter, doch desto stürmischer Kraft schiesst das Wasser dahin. Stromschnellen gefährden die vorbeifahrenden Schiffe, und aus dem Flusse ragende Felsspitzen mahnen den Steuermann, vorsichtig zu sein und der vorgeschriebenen Fahrrinne zu folgen. Immer steiler ragen die Felsen an den Ufern auf. Schon die alten Römer mussten hier auf ihren Heereszügen sich die Strassen in das Gestein hauen, von denen heute noch die Reste zu sehen sind. Am gewaltigsten wird die Naturszenerie bei dem Engpass von Kazau, einer der schönsten Stellen der Donau, die sich mit unserm Rhein messen kann. Klar spiegelt sich das prächtige Gemälde aus grauem Stein, grünen Wäldern und herrlich blauem Himmel mit leichten Sommerwölkchen in dem Strom. Fischer liegen mit ihren Kähnen am Rande, und nur einige Zigeuner ziehen auf der schmalen Uferstrasse. Der übermässige Fremdenstrom des Rheines fehlt hier glücklicherweise. Interessant ist auf der Weiterfahrt die Strombarriere des Eisernen Tores. Dort gehen die Stromschnellen von Ufer zu Ufer. Zur Erleichterung der Schifffahrt wurde 1896 ein Kanal angelegt, der längs der serbischen Seite stromab zieht.

Hier ist heute auch die Dreiländergrenze zwischen Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien, eine Stelle, an der sich das bunte Völkergemisch des Balkans besonders drastisch manifestiert. Während der Weiterfahrt durch die flache Ebene, wo sich der Fluss behäbig durchwindet und an den Ufern friedliche Bilder ruhender Zigeuner, Dörfer und fruchtbare Felder zu sehen sind, komme ich mit einem Jugoslawischen Studenten ins Gespräch. Er gehört zur Partei des ermordeten Raditsch, wurde in Abwesenheit von der Diktatur zu 15 Jahren Kerker verurteilt und propagiert nun weiter im Ausland seine Ideen. Unter einem falschen Namen war er heute durch Jugoslawien gefahren und natürlich heilfroh, nicht erwischt worden zu sein.

Wieder am Abend legen wir an unserer Endstation, in dem Städtchen Lom in Bulgarien, an. Unsere Gruppe wird von der deutschen Handelsvertretung freundlich empfangen. In dem mustergültig angelegten Stadtpark werden wir bewirtet. Auf den Bänken zwischen den Blumengärten sitzen junge Mädchen und singen. Darüber breitet sich der südliche Himmel mit dem viel lebhafter glänzenden Mond. In dem Herberes-restaurant ist kein Alkoholausschank. Man lernt also auch schon einiges Gutes von Westeuropa.

Durch das Dunkel der Gassen müssen wir zurück zum Bahnhof. Um die Baracke herum liegen eine Menge verdächtiger Gestalten. Kinder bieten sich als Gepäckträger an. In einem Stalle wird unser Passagiergut, ein paar schwere Zinnkisten mit Proviant für die weitere Fahrt, abgewogen. Dann betreten wir mit etwas gemischten Gefühlen die berüchtigten Eisenbahnwagen, ergattern uns zwischen Säcken, Körben mit Früchten und Fischen einen freien Platz und fahren weiter dem Balkan zu.

Karl Möller.

---

### Ein vergessener Nobelpreisträger.

---

SPD. Vor 26 Jahren wurde die Welt in grösstes Erstaunen gesetzt, als den damals erst dreimal vergebenen Nobelpreis für Literatur ein der europäischen Allgemeinheit fast unbekannter Dichter erhielt. Die hohe Einschätzung philologischer Fachleute für Frédéric Mistral, der mit dichterischer Begabung und lebendigem Fleisse sich um eine Wiederbelebung der alten provenzalischen Dichtung und Sprache bemüht hatte, war stark genug gewesen, um Mistral diese höchste literarische Auszeichnung zu erwirken.

Als Typus ist dieser am 8. September 1830 in Maillane, einem kleinen provenzalischen Orte, geborene Dichter zweifellos interessant und literaturgeschichtlich wichtig. Sein Hauptwerk ist das Epos "Miréio" ("Mireille"), die lyrische Geschichte von der Liebe eines armen Bauernmädchens zu einem reichen Bauernsohn und vom Tode der beiden Liebenden. Die Bedeutung dieses Werks beruht in der Neubelebung der alten provenzalischen Sprache, sein Charakter in der erdkräftigen Idealisierung, ohne in weichliche Stimmungen zu verfallen. Daneben ist es Mistral gelungen, eine alte epische Dichtform wieder aufgegriffen und dichterisch lebendig durchgeführt zu haben. Der Erfolg dieses Werks, dem Gounod den Stoff zu einer seiner Opern entnommen hat, war berechtigt, weil es von ungewöhnlichem poetischem Empfinden und starkem Sprachgefühl diktiert war. Wenn es trotzdem kein "Kleinod der Weltliteratur" geworden ist, so sind die Gründe nur darin zu suchen, dass immer auch eine Vertrautheit mit der besonderen Region vorhanden sein muss.

Bezeichnenderweise haben die anderen Werke von Mistral lange nicht jene Bedeutung erreicht wie sein schon 1859 erschienenenes Erstlingswerk. Er ging zudem ganz in der Arbeit um die Pflege der provenzalischen Sprache und Literatur auf. Ein grossangelegtes provenzalisches Wörterbuch lässt es verstehen,



dass Mistral Zeit seines Lebens als der Homer seines Landes galt. Als er am 25. März 1914 starb, war er zwar in seiner Heimat hochgeehrt, aber die Welt wusste nur noch wenig von diesem einstigen Nobelpreisträger, dessen Dichtung im letzten Grunde rückwärts gerichtet war und deshalb kaum allgemeine Bedeutung beanspruchen konnte.

Otto Brattskoven.

---

### Streik der S.A.

---

Komm, Goebbels, gib uns Zaster,  
Die neue Wochenrate...  
Sonst wird das Strassenpflaster  
Niemals zur Barrikade.

So geht es nicht mehr weiter.  
Wenn wir nicht Löhnung fassen,  
Dann können wir auch leider  
Nicht mehr die Sozis hassen.

Uns wird erst deutsch zumute  
Beim Anblick der Moneten.  
Es wird fortan kein Jude  
Umsonst mehr totgetreten!

Bei unserm Temperamente  
Muss in sie Pinke fallen,  
Eh' wir die offenen Hände  
Zur Faust zusammenballen.

Wir können Deutschlands Fessel  
Nur gehen Kasse lösen  
Wir schwören auf Horst Wessel  
Nur bei Ersatz der Spesen.

Wo bleiben die Gehälter?  
Das könnte Hitler passen,  
Ganz ohne Tagegelder  
Juda verrecken lassen!

Jodok.

---

### Der Stammtisch.<sup>x</sup>

---

SPD. Gewöhnlich ist er aus schwerem Eichenholz und steht bis zu der zwölften Runde, die daran getrunken wird, sehr fest. Der Wirt gibt sich alle Mühe, das reservierte Himmelreich bis zum Eintreffen der biertrinkenden Philister frei zu halten. "Bitte, nehmen Sie doch an einem andern Tische Platz!" Auf dem Wege der Zuverlässigkeits- und Eignungsprüfung kommt deshalb unsereins nicht an den Stammtisch. Man müsste schon in der Lage sein, den linken Fuss rechts von sich zu stellen.

Dennoch: vor ein paar Tagen kam ich in eine fremde Stadt und wurde von

einem Bekannten ahnungslos an den Stammtisch geschleppt. Die erlauchte Runde, mit dicken Bäuchen oder brillenbewehrten Augen, kam mir vor wie ein Staudamm, vor dem die letzten Ereignisse nochmals Halt machen müssen, ehe sie in das grosse Meer der Vergessenheit einmünden. Zunächst ging es zu wie beim Kaffeeklatsch der Spiesserfrauen. "Haben Sie schon gehört, Meyer & Co. sollen vor dem Konkurs stehen..." - "Und wissen Sie schon, dass..." - Endlos.

Eine politische Note kommt ins Gespräch, als einer von den Wahllaufrufen erzählt, die in seiner Fabrik verteilt worden sind. Von wem? Natürlich von den Roten, den Revoluzern. Die Stimmen erhitzen sich; gehässige Worte fallen. Wie wäre es auch anders zu erwarten in einem Kreise, wo, gesegneter Adolf Hitler, deine sanften Flügel weilen!

Unvermittelt serviert einer eine pikante Geschichte, sogar von einem sozialistischen Minister. Ein uralter Schwindel, der andern Menschen schon längst an den Rand des Gedächtnisses gerutscht ist, wird hier wieder aufgewärmt. Als höflicher Gast dieser Gesellschaft schlucke ich ein saftiges Wort der Kritik herunter, und bemerke nur, dass das Familienleben eines Beamten, auch eines Ministers, nicht vor die Öffentlichkeit gehöre. "Auch so ein Gesetz der Republik", wird wegwerfend geantwortet. Die heuchlerische moralische Entrüstung des Stammtisches verquickt sich amüsant mit erotischen Anspielungen, die lachend quittiert werden und wert sind, dass man sie verschweigt.

Nach einigen Runden hole ich zum entscheidenden Schlage aus. Ich erzähle eine Episode aus dem Buche "Etappe Gent", als wär's ein Stück von mir. Anschliessend gebe ich noch einige wüste Sachen aus dem Hauptquartier des Kronprinzen zum Besten.

"Köstlich! Fabelhaft! Donnerwetter!" Einige schnalzen mit der Zunge, andere prusten ins Bier.

"Wie es diese Offiziere, einschliesslich des damaligen deutschen Thronanwärters, getrieben haben, das ist für Sie, meine Herren, fabelhaft. Wenn aber ein Sozialist etwas tut, das er vor jedem anständigen Menschen und vor seinem Gewissen verantworten kann, so ist das für Sie höchst unmoralisch und immer wieder ein herrlicher Vorwand, über die verhassten Sozialisten herzufallen. Pfui Teufel!"

Ich stand auf und setzte mich an einen andern Tisch. Einer murmelte mir nach: "Heil Hitler!"

H.H.S.

---

SPD. Springkünstler unter den Tieren.<sup>x</sup> Es gibt eine Reihe von Tieren, deren Muskeln im Verhältnis zur gesamten Körpergrösse so stark sind, dass das Tier ein Vielfaches seiner Körperlänge beim Springen zurückzulegen vermag. Die Waldmaus kann 8 mal so weit springen, als sie lang ist, die Springmaus kann das 15-fache und die Heuschrecke sogar das 30-fache ihrer Körperlänge überspringen. Glücklicherweise nimmt aber die Länge der Sprünge im Verhältnis zur Körperlänge mit zunehmender Grösse des Tieres stark ab. Löwe und Tiger können z. B. nur noch dreimal so weit springen, wie ihre Körperlänge ausmacht. Man versuchte einmal, sich vorzustellen, dass der Löwe ebenso wie der Floh, der König unter den Springern, 200 mal so weit springen könnte, wie er lang ist. Das Raubtier würde einen Häuserblock in einer Grosstadt mit spielender Leichtigkeit überspringen. Freiligraths "Löwenritt" müsste dann eine vollständige Umdichtung erfahren.

---

Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

22. Tag, V. Klasse Vormittags-Ziehung vom 3. September.

4 Gewinne zu je	10 000 Mk.	28674	139423					
4 Gewinne zu je	5 000 Mk.	156341	237728					
6 Gewinne zu je	3 000 Mk.	78396	91779	242777				
12 Gewinne zu je	2 000 Mk.	70897	99150	144081	200945	211235	303478	
34 Gewinne zu je	1 000 Mk.	8216	23660	29101	91150	93571	104163	
		125538	134785	173778	188143	195793	210515	
		216439	251201	274607	333792	344898		
104 Gewinne zu je	500 Mk.	27641	29871	51373	62724	63115	63523	
		77827	100665	110474	115662	118635	120930	
		122651	139484	140149	141482	147752	148495	
		149169	158102	159449	183356	186117	189238	
		195320	199743	199986	221738	225305	248501	
		262342	267101	267584	288330	294163	301638	
		302199	307670	325697	325908	328060	344466	
		346263	349471	354162	362882	363239	378618	
		382651	384346	391063	391362			
214 Gewinne zu je	300 Mk.	4133	5491	7975	12525	16551	16704	
		21106	21736	22615	26793	29630	34616	
		36561	37333	39631	44455	46459	51683	
		59274	67698	68146	70909	71676	79732	
		79746	92870	97217	99380	100169	101380	
		107554	113293	113587	114536	114864	121366	
		122423	122885	124820	124839	131889	135983	
		136192	139270	140747	142457	142471	143298	
		149582	151319	162555	169611	170017	170174	
		170757	174299	180083	181223	186110	188745	
		193511	195758	203772	206634	218719	223712	
		225927	231550	239131	245467	245782	249044	
		251500	253045	254367	257417	269058	271000	
		274030	277964	278665	279632	284613	286534	
		299981	301474	304469	312266	314430	316401	
		319375	320325	321000	328229	336931	337927	
		338080	342627	345760	372769	372813	375394	
		378084	378550	388845	390143	399755		

22 Tag, V. Klasse Nachmittags-Ziehung vom 3. September.

2 Gewinne zu je	50 000 Mk.	277144					
4 Gewinne zu je	10 000 Mk.	126214	245893				
4 Gewinne zu je	3 000 Mk.	112914	300701				
14 Gewinne zu je	2 000 Mk.	38772	84134	96873	161807	278852	369190
		387562					
26 Gewinne zu je	1 000 Mk.	23736	62800	66978	94285	112853	144000
		165773	184266	207239	257319	315833	339455
		381162					
82 Gewinne zu je	500 Mk.	20238	45266	53768	73653	80388	97244
		106029	115641	121203	134427	138472	141275
		153026	153244	156870	172987	175914	202575
		213765	223052	247498	257573	269888	275516
		280103	285938	298750	314416	332989	337865
		349767	352703	357932	358833	374365	375161
		383247	383816	385976	391568	397712	

184 Gewinne zu je 300 Mk.	16177	17528	18388	21137	22062	54082
	67753	74742	75689	78912	81465	81801
	85100	91487	92388	92679	98446	103423
	106545	118927	124147	126346	127425	128777
	131031	133021	137243	137319	138893	139631
	139749	146526	159886	160877	165473	169807
	174069	174467	174833	177665	179491	181517
	185347	187247	192161	198792	203827	210559
	212597	223264	223922	225155	232227	232658
	233231	233329	240956	241771	250805	253024
	258065	259552	272035	277148	278069	281560
	284906	287479	289033	292758	294185	300605
	301033	303715	313320	316085	317718	317865
	319823	326091	346889	355394	355882	363654
	369350	371695	371920	384721	386212	392941
	398207	398693				

Im Gewinnrade verblieben:

2 Prämien zu je 500 000 Mk.	6 Gewinne zu je 25 000 Mk.
18 Gewinne zu je 10 000 Mk.	38 Gewinne zu je 5 000 Mk.
92 Gewinne zu je 3 000 Mk.	194 Gewinne zu je 2 000 Mk.
436 Gewinne zu je 1 000 Mk.	1100 Gewinne zu je 500 Mk.
2844 Gewinne zu je 300 Mk.	

SPD.

-----